Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., He...

Telephon: Tages-Redaktion: 6795. Nacht-Redaktion: 6797.

Postscheckamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . Kč 16.—
vierteljährlich . . . „ 48.—
halbjährig . . . . „ 96.—
ganzjährig . . . . „ 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

4. Jahrgang. Mittwoch, 16. April 1924. Nr. 91.

Strafverfolgung der Abgeordneten.

Strafgerichtliche Verfolgungen der Mitglieder des Parlamentes wegen politischer Delikte sind zu einer alltäglichen Erscheinung geworden. Die Immunitätsausschüsse des Abgeordnetenhauses und des Senats zählen zu den meistbeschäftigten Ausschüssen. Ein oberflächlicher Beobachter könnte versucht werden, dies auf eine größere Ungebundenheit der Parlamentsmitglieder gegenüber den Gesetzen und auf die mißbräuchliche Ausnützung ihres Immunitätsrechtes zurückführen. Aber eine solche Folgerung wäre ganz falsch. Die Ausnützung der politischen Betätigungsmöglichkeit durch die Abgeordneten ist heute keine größere als früher. Und doch regnet es Strafanzeigen gegen Abgeordnete und Senatoren wegen Reden, die sie in Versammlungen gehalten haben. In Staaten, die nicht Scheindemokratien sind, zählen gerichtliche Verfolgungen wegen Versammlungsreden an und für sich schon zu den Seltenheiten. Man weiß dort den Wert des freien Wortes zu schätzen und bekommt nicht gleich Angstkrämpfe, wenn einzelne Hitzköpfe ein- oder das anderemal über die Schnur hauen. Die Regierung erschrickt nicht vor jedem lauten und kräftigen Wort, das in einer Versammlung gesprochen wurde, und die Richter werden nicht gleich nervös, beeilen sich nicht, den Redner sofort vor Gericht zu schleppen, auch wenn sich jemand findet, dem es etwa einfiel, ihn zu denunzieren. Die Staatsgewalt fühlt sich im Schoße der Freiheit der Bürger sicher. Noch weniger fällt es ihr anderswo ein, gewählten Volksvertretern wegen ihrer politischen Betätigung den Prozeß zu machen. Wo die Demokratie nicht bloß eine Vorspiegelung falscher Tatsachen ist, dort weiß man, daß dem Abgeordneten bei der Wahrung der Interessen seiner Wähler der größtmöglichste Raum gewährt werden muß. Nur böses Gewissen oder eine Nachtwächtergesinnung werden von jeder offenen Rede wie auch von jedem gedruckten freien Wort eine Erschütterung des Staates befürchten.

Anders ist es bei uns. Als die Verfassung des neuen Staats geschaffen wurde, da wetteiferten allerdings seine Gründer darin, sie ganz nach der äußeren Fasson der westlichen Demokratien auszustaffieren. Nichts war nobel und fein genug, um es in ihre Bestimmungen aufzunehmen. Aber der paragraphierten Demokratie wurde kein Leben eingehaucht, sie blieb starre, tote Form. Und die politischen Gesetze, die seither beschlossen wurden oder in Vorbereitung stehen, sie machten die Verfassung zur abstrakten Theorie. Immer mehr häufen sich die Gesetze, welche die verfassungsmäßig „gewährleisteten" Rechte und Freiheiten so „regeln", daß von ihnen nichts mehr übrig bleibt. Es ist der Geist der Herrschsucht, der Unduldsamkeit, der die Herrschenden und ihr freiwilliges Gefolge dazu treibt, jede freie Meinungsäußerung mit Uebelwollen und Mißtrauen aufzunehmen und sie immer mehr einzuschränken. Sie sagen, der Staat müsse geschützt werden! Aber hat der Staat nicht ein Heer von Soldaten, Gendarmen und Polizisten, die nichts anderes zu tun haben, als „den Staat zu schützen"? Ist er nicht zu dem gleichen Zwecke mit anderen Staaten verbündet, darunter mit Frankreich, das von allen europäischen Staaten am kriegsgerüsteten ist? Gibt es nicht jetzt schon Gesetze, die so drakonisch sind, daß, wenn sie mit voller Schärfe gehandhabt, von der vielgerühmten tschechoslowakischen Freiheit kaum etwas anderes übrig ließen als etwa die Freiheit des Kindermachens? Stehen nicht die rotstiftbewaffneten Zensore bereit, jedes freie Wort aufzuspießen? Und schafft man nicht eben ein Preßgesetz, das die Zeitungen und Redakteure noch mehr an die Kette legen will, als sie es schon bisher waren?

Nein, das gügt alles nicht! Auch das Immunitätsrecht der Abgeordneten mußte eine weitere Einengung erfahren! Im Abgeordnetenhause wurde Mittwoch ein Gesetz beschlossen, das für die Staatsanwälte einen direkten Anreiz zur Strafverfolgung der Parlamentsmitglieder bildet. Durch das Gesetz soll der Verjährung der von Volksvertretern verübten Strafdelikte vorgebeugt werden. Es ist nämlich vorgekommen, daß Auslieferungsbegehren gegen Abgeordnete und Senatoren gegenstandslos wurden, weil das Delikt infolge der Verzögerung der Auslieferung durch den Immunitätsausschuß mittlerweile verjährt war. Das empfindet der Polizeigeist der Drahtzieher der Regierungsparteien als einen lästigen Uebelstand. In dem beschlossenen Gesetz wird daher bestimmt, daß bei Strafverfolgungen von Mitgliedern des Parlamentes, bei welchen die Auslieferung der betreffenden Parlamentarier durch die zuständige Kammer erforderlich ist, die Verjährung der Strafverfolgung bis zu dem Tage eingestellt wird, da über das Auslieferungsbegehren von der Kammer entschieden wurde, oder bis zu dem Tage, da ihre Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung nicht mehr erforderlich ist. Das bedeutet, daß jede Strafverfolgung gegen Abgeordnete bis in die äußersten Konsequenzen durchgeführt werden soll. Entweder muß die betreffende Kammer das Auslieferungsbegehren verhandeln, oder es wird mit der strafgerichtlichen Verfolgung solange zugewartet, bis der betreffende Abgeordnete nicht wiedergewählt wird und die Immunität verliert. So kann und wird es vorkommen, daß Personen, die ihr Mandat verlieren, wegen einer Straftat verfolgt werden, welche sie während und in Ausübung ihrer Abgeordnetenwirksamkeit nach Anschauung des Gerichtes verübt haben. Eine Verjährung von Strafdelikten etwa durch langsamen Gang der Verhandlungen des Immunitätsausschusses wird nach diesem Gesetz ausgeschlossen sein. Es geht da um ein neues Ausnahmsgesetz, das diesmal gegen die gewählten Vertreter der Bevölkerung gerichtet ist! Bei den von ihnen verübten Vergehen wird eine andere, längere Verjährungsfrist festgesetzt, als bei allen anderen Staatsbürgern! Der Abgeordnete und Senator, dessen Aufgabe es ist, mit den Wählern in Kontakt zu bleiben und ihre Interessen innerhalb und außerhalb des Parlamentes zu verfechten, dessen Beruf es geradezu ist, Reden zu halten, soll in bezug auf Verantwortlichkeit dieser Reden nicht nur mit den anderen Staatsbürgern gleichgestellt werden, er soll auch durch dieses Ausnahmsgesetz längere Zeit als andere Menschen dem Arme des verfolgenden Staatsanwaltes erreichbar bleiben! Dabei muß erwogen werden, daß es sich um politische Verfolgungen und nicht etwa um Vergehen und Verbrechen handelt, die mit der Abgeordnetentätigkeit des Betreffenden in keinem Zusammenhange stehen! Geht es um Ehrenbeleidigungen, so sind wir die letzten, welche verlangen, die strafgerichtliche Verantwortlichkeit sei bei Personen, weil sie gewählt sind, eine geringere als bei jedem anderen, aber hier handelt es sich, die politische Betätigungsmöglichkeiten des Gewählten, die auch außerhalb des Parlamentes in den weitesten Grenzen gegeben sein muß, wenn die politische Freiheit nicht eine weitere bedrohliche Einschränkung erfahren soll. Bei der Praxis, welche sich die Mehrheit der Immunitätsausschüsse zugelegt hat, die sich leider so nachteilig von der Praxis des früheren österreichischen Parlamentes unterscheidet, und über die noch zu sprechen sein wird, muß das Gesetz für die Immunitätsrechte der Abgeordneten die gefährlichsten Folgen haben.

Wenn man die Gesetzesmacherei durch die Koalition betrachtet, frägt man sich: was unterscheidet unsere Verhältnisse noch vom Absolutismus? Manche Reaktionäre sehnen sich auch bei uns nach der Diktatur gemäß dem Muster Mussolinis. Wozu eine Diktatur? Es geht doch auch so mit der Mehrheit des Parlamentes, das bereitswilligst jeden reaktionären Anschlag sanktioniert! Noch eine Zeitlang und es wird das letzte Fünkchen Freiheit von den Stiefeln der Pseudodemokraten ausgetreten sein!

Die Drosselung der Preßfreiheit.

Rede des Abgeordneten Genossen Dr. Czech in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Das alte Spiel wiederholt sich. Monatelang ließ man das Parlament unbeschäftigt und nun versetzt man es wieder einmal in den Zustand veritabler Betäubung, um ihm in wenigen Tagen eine ganze Reihe von Vorlagen abzuzwingen, die uns in der demokratischen Entwicklung ein Stück zurückwerfen und uns, wenn es so weitergeht, sehr bald dem Niveau autokratisch regierter Staaten angleichen werden. Wo hätte man dergleichen im alten Oesterreich gewagt und wie hätte man auf tschechischer Seite darauf geantwortet? In anderen Ländern bilden Fragen wie Preßreform, Inkompatibilität und Immunität den Gegenstand jahrelanger parlamentarischer Vorbereitung und Verhandlung; dort werden Männer der Wissenschaft, Staats-, Strafrechtslehrer und Politiker gehört, ehe man sich an das Werk heranwagt; dort wird den Parlamentariern Gelegenheit zu gründlichem Studium gegeben. Bei uns aber werden die kompliziertesten Rechtsprobleme über Nacht ins Haus geschleudert, einzelne Rechtsfragen aus dem Komplex der schwierigsten Gesetzesmaterien ganz willkürlich herausgerissen, nach dem Bedürfnis des Augenblickes geformt, mit Verleugnung aller demokratischen Grundsätze in das Gegenteil verkehrt und mit dem Befehl des Ministerrates in das Parlament hineingeworfen, sie binnen wenigen Tagen der Regierung zu apportieren. Gegen diesen, die Demokratie und den Parlamentarismus entwürdigenden Vorgang protestieren wir vor aller Welt und

prägen diesem Gesetze das Brandmal unserer Verwünschungen auf die Stirne, um es so der Verachtung aller demokratisch fühlenden Menschen für ewige Zeiten anheimfallen zu lassen.

Die Preßgesetznovelle ist ein Gelegenheitsgesetz schlimmster Art. Sie ist die Antwort auf das scheinbar verletzte Recht einer Machtkoterie, die sich in ihrem Vormarsch bedroht fühlt, ihre Machtpositionen verteidigt und zum Schlage ausholt, um die drohende Gefahr zu bannen. Der tschechische Kapitalismus, beutegierig wie seine Vorgänger, schreitet über alle Schranken hinweg, sucht alles niederzutreten, was sich ihm in den Weg wirft. Gerade ist er im Begriffe, auch die Demokratie seinen Zwecken dienstbar zu machen, nachdem er sich das Wirtschaftsleben für seine Zwecke zurecht gezimmert hatte. Den Aufschrei der Presse gegen die Korruption, die das ganze politische Leben in diesem Lande und das ganze Wirtschaftsleben verseucht und unterwühlt, beantwortet er mit einem Handstreich gegen das freie Wort, gegen die freie Presse, gegen diesen Grundpfeiler der staatsbürgerlichen Freiheit. Und das geschieht unter der Parole der moralischen Wiedergeburt des öffentlichen Lebens, unter dem Kampfrufe gegen die Skandalisierung und Revolverpresse, unter der Flagge des Kampfes gegen den Mißbrauch der Presse! Das Wort vom Mißbrauch der Presse gehört zum Lexikon aller autokratischen Herrscher. Als der österreichische Kaiser in den Märztagen des Jahres 1848 die von der Revolution erzwungene Preßfreiheit kaum 14 Tage darauf, am 31. März 1848, beseitigte und ein neues reaktionäres Preßgesetz schuf, da berief er sich gleichfalls auf den „Mißbrauch der Presse, welcher entschiedene Abwehrmaßnahmen erfordere". Aber der Unterschied zwischen damals und heute ist der, daß dieses reaktionäre Preßgesetz nur auf dem Papier blieb, da sich die ganze Bevölkerung damals im Jahre 1848 gegen dieses reaktionäre Gesetz erhob, während heute das tschechische Bürgertum und ein Teil der übrigen tschechischen Oeffentlichkeit diesem Anschlage völlig gleichgültig gegenüberstehen, in vollständiger Verkennung der großen Gefahren, die daraus für das wichtigste Grundgesetz des Staates, für das Recht der freien Meinungsäußerung erwächst. Das neue Gesetz ist

ein Ausnahmsgesetz par excellence.

Es reiht sich würdig an die bisherigen Ausnahmsgesetze, vom Terrorgesetz angefangen, über das Gesetz zum Schutz der Republik hinweg, zum Immunitätsgesetz, die das Grab der Meinungsfreiheit in diesem Lande darstellen. War schon das Leben unter dem alten Preßgesetz für alle freiheitlich denkenden Menschen unerträglich, in der Stickluft der neuen Preßgesetznovelle wird es überhaupt keinen Atem geben.

Als die tschechische Regierung im Jahre 1921 dem Abgeordnetenhause eine Preßgesetznovelle überreichte, begründete sie das Bedürfnis nach einem modernen Preßgesetz damit, daß es unmöglich sei, „in einem Staate, in welchem die Demokratie für die freie Entwicklung aller Staatsbürger und aller Staatsangehörigen arbeiten wolle, ein Preßgesetz bestehen zu lassen, das, vom Zeitgeist beherrscht ist und jede freie Entwicklung der Presse erstickt." Was wäre naheliegender gewesen, als daß sich die Regierung bei dieser Sachlage beeilte, die Verabschiedung des Preßgesetzentwurfes zu beschleunigen, und daß sie diese doch zumindest in dem Augenblicke besorgt, in dem sie daran geht, das Presserecht zu novellieren? Denn gerade die tschechische Presse hat im alten Oesterreich unter dem Druck des alten österreichischen Preßgesetzes Unerhörtes erdulden müssen. Wie hat die Rückständigkeit des österreichischen Preßgesetzes das politische Leben gerade der Tschechen im alten Oesterreich erschwert, wie war zeitweilig jede politische Regung der arbeitenden Menschen im alten Oesterreich unterbunden! Doch, wir mögen in der letzten Preßgesetznovelle blättern, wie lange wir wollen, kein Atom von dem alten Polizeigeist wurde ausgetilgt, dafür aber ein gutes Stück vormärzlicher Reaktion in das Preßrecht hineingetan. Die Koerbersche Vorlage aus dem Jahre 1902 machte sich an die Schwurgerichte heran, um sie zu Fall zu bringen, aber sie bot als Kompensation dafür die Aufhebung des objektiven Verfahrens, die teilweise Beseitigung des Konfiskationselendes. Die neue Vorlage behält alle reaktionären Bestimmungen des alten Preßgesetzes und dafür beseitigt sie gleichzeitig den letzten Rest der Garantien der freien Meinungsäußerung: die Rechtsprechung durch die Geschworenen.

Die Herren von der Koalition tun sich ungeheuer viel darauf zugute, daß sie dem ersten Entwurf der Novelle einige Giftzähne gezogen haben. Aber der Triumph der Herren wäre wohl ein noch viel größerer gewesen, wenn sie in dem ersten Entwurf gleich mit der Todesstrafe für Preßdelikte begonnen hätten, um dann gnädig eine sechsmonatliche Arreststrafe für gewisse Fälle der Vernachlässigung der pflichgemäßen Obsorge festzusetzen. Nach wie vor bleibt das Kolportageverbot bestehen, die Plakatierung an die behördliche Bewilligung geknüpft und die Möglichkeit des Verbotes deutscher Maiplakate wie im Vorjahre in Prag für gewisse Herrschaften gesichert. Weiter soll das Buchdruckereigewerbe an das Konzessionssystem gebunden, die für das politische Leben und für die Presse gleich tödliche Konfiskationspraxis aufrechtbleiben.

Was kommen wird und soll, ist und bleibt für alle Zeiten eine Allerweltsschande: Ausdehnung des Kreises der preßgesetzlich festgesetzten und strafrechtlich verantwortlichen Personen auf die Informatoren des Blattes mit allen Konsequenzen, die sich an eine solche Bestimmung für die Presse knüpfen, eine Geldbuße für Ehrenbeleidigungsdelikte, Beseitigung der Geschworenengerichte und Ersatz durch Schöffengerichte mit einer berufsrichterlichen Mehrheit, Nominierung einer, wenn auch gemilderten Rückwirkungsklausel und die Kreierung der Denunziationspflicht für Redakteure unter gleichzeitiger völliger Beseitigung des Redaktionsgeheimnisses. All das prägt dem ganzen Gesetz den Stempel finsterster Reaktion und unauslöschlicher Kulturwidrigkeit auf.

In allen Zeiten war das Redaktionsgeheimnis ein unveräußerliches Requisit der freien Presse. An dem Schutz des Redaktionsgeheimnisses haben sich bisher alle reaktionären Gewalten den Kopf eingerannt, obwohl der Schutz des Redaktionsgeheimnisses nirgend gesetzlich festgelegt war. Auch in der Tschechoslowakei

war bisher der Schutz des Redaktionsgeheimnisses Gemeingut aller anständigen Menschen. Nun soll es anders werden. Das Redaktionsgeheimnis soll aufhören, seine Verletzung unter eine Prämie gestellt, die Unmoral, die in seiner Preisgabe liegt, förmlich aufgezüchtet und durch erpresserische Gesetzesbestimmungen förmlich zur Staatsbürgerpflicht erhoben werden. Umsonst war der Aufschrei, den die Aufnahme der Gesetzesbestimmung in die Novelle hervorruft. Trotz einiger wesentlichen Aenderungen bleibt es bei den

denunziatorischen Bestimmungen, welche für immerwährende Zeiten für diesen Staat einen Schandfleck bilden und die tschechoslowakische Demokratie vor der ganzen Welt auf das schwerste kompromittieren werden.

Vor einer halben Stunde hat hier ein Mitglied der Koalition eine Rede gehalten und gemeint, daß die Wahrung des Redaktionsgeheimnisses ganz unbegründet sei, daß jeder, der etwas schreibt, den Mut haben muß, mit seinem Namen zu decken, was er in ein Blatt lancciert oder für das Blatt geschrieben hat. Aber ich frage: Warum haben die tschechischen bürgerlichen Parteien, die heute hinter diesem Gesetze stehen, und sich gegen das Redaktionsgeheimnis stellen, auch nicht im alten Oesterreich denselben Mut bekundet, den sie uns hier in der Tschechoslowakei predigen? Und noch etwas! Was wäre geschehen, wenn sie diesen Mut gehabt hätten? Ich frage: Was denken die Herren, die für diesen Standpunkt eintreten, auch hier in der Tschechoslowakei von dem Schicksal des Arbeiters, des Eisenbahners, des öffentlichen Angestellten, der sich erkühnen würde, in einer Zeitung mit seinem Namen die Berichte über Mißstände in seinem Unternehmen oder in einem staatlichen Betriebe zu decken? Dr. Hnidek hatte es sehr leicht, als Abgeordneter und von dieser Stelle aus Mut zu bekunden; das Martyrium, das er sich hier für die Tribüne zurechtgelegt hat, ist billig wie Brombeeren.

Ebenso wie mit der Bestimmung betreffend die Wahrung des Redaktionsgeheimnisses steht es auch um die vom Gesetze in Aussicht genommene Beseitigung des Schwurgerichtes. Für mich und für meine Partei haben die Schwurgerichte in den letzten Jahren den einstigen Nimbus in hohem Maße eingebüßt. Aber trotzdem sind wir immer jedem, der an die Schwurgerichte Hand anzulegen sich anschickte, in den Arm gefallen. Die Herren meinen, daß die Schwurgerichte besonders in Ehrenbeleidigungssachen vielfach versagt haben; doch vergebens sucht man nach Argumenten, die gerade für die Zeit vom Jahre 1921 bis zum heutigen Tage die Sinneswendung der Herren zu rechtfertigen vermögen. Im alten Oesterreich haben alle Gründe nicht hingereicht, um das Geschworenengericht zu Fall zu bringen. Und so konnte das alte zusammengebrochene Oesterreich dem tschechischen Staat als eine der freiheitlichen Errungenschaften die schwurgerichtliche Judikatur mit in die Wiege legen. In der Tschechoslowakischen Republik aber beseitigt man kaltblütig die Schwurgerichte und untergräbt den demokratischen Boden. Es ist wahr, daß die Wahrsprüche der Geschworenen nicht immer der Kritik Stand zu halten vermochten. (Abg. Genosse Hackenberg: „Und die der Richter?") Ich komme darauf noch zu sprechen. Es ist richtig, daß manche Wahrsprüche besonders bei politischen Prozessen lebhaften Widerspruch und Kopfschütteln der juristischen Welt und der ganzen Oeffentlichkeit erregten, aber ich frage: stand es vielfach um die Entscheidung der Berufsrichter anders? Ich frage, ob nicht so manches berufsrichterliche Urteil das Entsetzen der gerecht fühlenden Menschen hervorrief? Man denke beispielsweise an den Fall des Dr. Deutsch in Oesterreich, an den Fall Dr. Zeigner in Deutschland, man denke an die vielen strafrichterlichen Urteile in unserem Land. Es ist wahr, daß die Geschworenen politischen Einflüssen und Einflüsterungen unterliegen; aber stehen die Berufsrichter außerhalb des Weltgetriebes und bleiben sie unberührt von ihm? Es ist wahr, daß die Geschworenen mit allen Vorurteilen der Nation, der Klasse, des Standes und der Religion behaftet sind; aber finden wir nicht die gleiche Erscheinung zeitweilig auch bei den im politischen Betriebe stehenden Richtern der Großstadt oder bei den ländlichen Richtern mit all seinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verknüpfungen mit jener Schichte, über die er Recht zu sprechen hat? Womit ich aber nicht generalisieren will oder über den Richterstand den Stab zu brechen. Es ist wahr, daß die Geschworenengerichte niemandem verantwortlich, von den Buchstaben des Gesetzes, von seinem Geist und von seinen Intentionen unabhängig sind. Aber ist es nicht andererseits geradezu verhängnisvoll, wenn die Justiz ganz starr auf den Buchstaben des Gesetzes gestellt, wenn sie bürokratisiert ist und für die soziale Wertung des Einzelnen nicht das geringste Verständnis hat. Für uns sind die Schwurgerichte, so lange sie nicht durch besseres ersetzt sind, trotz aller Mängel heute immer noch eine bessere Bürgschaft für die Demokratie, als die gelehrten Gerichte und als die sogenannten gemischten Gerichte mit der berufsrichterlichen Mehrheit, wie dies bei den neuen vorgesehenen Schöffengerichten der Fall ist.

Die Regierung vertritt im Motiven-Bericht — und mit ihr die ganze Koalitionspresse — die Auffassung, daß der Bestand der demokratischen Einrichtungen des Staates in Frage gestellt sei, wenn dem Gericht das von der Regierung vorgesehene ausnahmsgesetzliche Inventar nicht an die Hand gegeben wird. Man verweist zur großen Ueberraschung auf die Unreife und auf die Unberechenbarkeit der Bevölkerung dieses Staates und stellt der tschechoslowakischen Bevölkerung die englische Bevölkerung gegenüber, wie dies übrigens heute auch Kollege Hnidek in seinen kurz vorhergegangenen Darlegungen getan hat. Vor Tische las man's anders. Noch im Motivenbericht zu dem im Jahre 1921 unterbreiteten Gesetzentwurf wird gerade mit dem Hinweis auf die geistige Reife der Bevölkerung die Reform des Preßgesetzes und Schaffung der vollen Preßfreiheit verlangt. Nun aber wird die Reife plötzlich geleugnet und, wie dies beispielsweise Senator Klofač in einer Artikelserie auseinandergesetzt hat, von dem Vorhandensein der Reife der Bevölkerung die Erteilung der vollen bürgerlichen Freiheit abhängig gemacht. Eine ganz merkwürdige Auffassung, ein ganz merkwürdiger Grundsatz. Man vergißt ganz, daß die Verhältnisse bei uns ganz andere sind als in England, und daß man, wenn man in diesem Lande zu leben und zu kämpfen bemüßigt ist, man so viel eher in die Lage kommt, Ehrenbeleidigungen zu begehen, mit dem Gesetze in Konflikt zu kommen als in einem anderen Lande.

Doch warum müssen wir auf englische Verhältnisse zurückgreifen? Nehmen wir doch die näherliegenden Verhältnisse des benachbarten Deutschösterreich, welches sich aus denselben verfassungsmäßigen Unterlagen heraus seinen Staat neu aufgebaut hat wie es hier geschehen ist. Anläßlich der Verhandlung des Schutzgesetzes hat man uns immer wieder den reichsdeutschen und österreichischen Spiegel vorgehalten. Warum auch diesmal nicht wieder? In Oesterreich hat man gerade vor zwei Jahren ein neues Preßgesetz geschaffen, an dem sich die Tschechoslowakei ein Vorbild nehmen könnte. Es wurde dort nicht nur mit allen österreichischen, reaktionären preßgesetzlichen Bestimmungen, mit dem ganzen preßgesetzlichen Unrat aufgeräumt, sondern zugleich das ganze Pressewesen modernisiert, allen modernen Anforderungen des politischen Lebens wurde Rechnung getragen, das Preßgesetz den politischen Lebensnotwendigkeiten des Volkes angepaßt und hiebei auch des Kampfes gegen die Pressekorruption nicht vergessen. Im österreichischen Preßgesetz ist das objektive Verfahren nur auf einige wenige Fälle beschränkt, aber auch in diesen Fällen wurde bei Konfiskationen die subjektive Verfolgung zur Bedingung gemacht, widrigenfalls die Beschlagnahme erlischt. Das Berichtigungswesen wurde neu geregelt, die Freiheit der Verbreitung der Presse wurde durch Aufhebung des Kolportageparagraphen und Beseitigung des Konzessionszwanges gesichert und vor allem das Redaktionsgeheimnis durch Befreiung des Redakteurs von der Zeugnispflicht ausdrücklich gewährleistet. Schließlich wurde auch durch Aufnahme einiger Bestimmungen dem Umsichgreifen der Pressekorruption ein Riegel vorgeschoben. So hat man in Oesterreich die letzten Reste der alten Schranken der Meinungsfreiheit niedergerissen. Und alles das just in einem Zeitpunkte, in dem der damalige österreichische Finanzminister den Vorwurf über sich ergehen lassen mußte, daß die Banken das Gesetz über die Valutaanmeldungspflicht und über die Kontrolle des Devisenhandels zu früh erfahren haben, weil ein Börsenblatt alles vorzeitig mitgeteilt hatte. Das österreichische Parlament reagierte auf diese Anklage nicht etwa mit der Niederknutung der Presse, nicht etwa mit Ausnahmsgesetzen, mit undemokratischen Maßnahmen, sondern mit der Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission und führte die Preßreform, dieses Werk unseres Freundes Austerlitz, der Referent im Verfassungsausschuß gewesen ist, mit eiserner Konsequenz durch.

Wie ganz anders das tschechoslowakische Parlament. Hier werden führenden Politikern, öffentlichen Funktionären eine ganze Reihe schwerster Korruptionsfälle nachgewiesen. Die Erörterung der Presse zeigt, daß kein Gebiet des öffentlichen Wirtschaftslebens von Korruptionsmorast verschont geblieben ist. Wir erleben eine Häufung von Anklagen, wie sie in der Geschichte noch nicht dagewesen ist. Alles rief plötzlich nach der Reinigung der Atmosphäre, nach der Beseitigung der Schädlinge, nach der Sicherung der Reinheit des politischen Lebens. Und was machen die Machthaber dieses Staates? Wohl verkünden sie mit Emphase, daß sie Ordnung schaffen wollen, sie verlangen noch konkretem Anklagematerial und tun so, als würden sie vor Begierde brennen, der beleidigten Moral volle Genugtuung zu geben, und den Augiasstall gründlich zu reinigen. Doch diese Pose hält nur eine Stunde vor, — ebensolange wie die Rede des Herrn Ministerpräsidenten gedauert hat. Dann wird flugs der Spieß umgedreht und eine Kanonade von Abwehrmaßnahmen losgelassen, nicht etwa gegen die Korruptionisten, sondern gegen die Ankläger und gegen die Presse. Und als im Parlament die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses angekündigt wurde, antwortete man in der Koalition, daß ein eigener Ausschuß schon bestehe und daher ein neuer überflüssig sei. Als man die Einberufung dieses Ausschusses verlangte, antwortete man, daß kein Material vorliege. Als wir ein solches Material beibrachten und in einem Initiativantrag die Unterlagen für die Arbeiten des Untersuchungsausschusses lieferten, wurde der Antrag im Initiativausschuß erwürgt und die Möglichkeit einer Untersuchung damit zu Falle gebracht. Wahrlich besser konnten sich die Herren nicht selbst entlarven, als es in der gestrigen Sitzung des Initiativausschusses geschehen ist. Denn dadurch werden auch den Blindesten in der Bevölkerung die Augen geöffnet.

Das Betrübendste und Empörendste an allem ist aber, daß man sich dabei auch noch, wie dies gestern durch den Herrn Referenten Dr. Medvecky geschehen ist, eine Moralpauke gefallen lassen muß (Abg. Genosse Schweichhardt: „Frechheit!"), daß die Bevölkerung sich Sätze bieten lassen muß wie etwa: „Die Presse sollte nicht bloß gegen die Willkür der Staatsgewalt Freiheit genießen, sondern auch gegen die unberechenbaren Stimmungen der Bevölkerung, soweit sie sich noch in der Nachkriegspsychose befindet." Die Bevölkerung wird also einfach für verrückt erklärt, damit ein Machtsyndikat, das den Staat für immerwährende Zeiten in Pacht genommen zu haben glaubt, ruhig und ungeschmälert sein Handwerk fortsetzen kann! Das Wort von der „unberechenbaren Stimmung", von der „Nachkriegspsychose der Bevölkerung" wird man sich merken müssen. Es ist ein treffliches Motto für das neue Gesetz, welches sich auch in

ein Gesetz zum Schutze gegen die Bevölkerung

umtaufen ließe.

Nur diejenigen werden unsere Erregung begreifen, die ebenso wie wir von der Erkenntnis der Bedeutung der Presse für den politischen Kampf überhaupt, vor allem aber für den Kampf der arbeitenden Menschen durchdrungen sind. Für uns Sozialdemokraten war immer bisher in unserem jahrzehntelangen Kampfe die Presse die wichtigste Waffe in unserem Kampfe gegen die Unfreiheit — ob in dem Staate oder im alten Oesterreich — in dem Streite für die Demokratie, in unserer Werbearbeit für den Sozialismus. In den Juniusbriefen heißt es: „Nehmt mir alle Freiheiten, aber gebt mir die Preßfreiheit und ich will euch alle anderen Freiheiten erobern." Und an einer anderen Stelle heißt es — das sage ich denen, die England zitiert haben: „Laßt in eure Seelen eingeprägt sein, lasset es euren Kindern einflößen, daß die Freiheit der Presse das Paladium aller bürgerlichen, politischen und religiösen Freiheiten eines Engländers ist, und daß das Recht der Geschworenen, in Fällen jeder Art den Wahrspruch abzugeben, ein wesentlicher Bestandteil unserer Verfassung ist, die von den Richtern weder kontrolliert noch beschränkt werden kann und von der Gesetzgebung nicht in Frage gestellt werden darf."

Das Wort dieses Engländers sollten sich die Machthaber dieses Staates vor Augen halten, die sie sich auf die englischen Sitten und die englischen Verhältnisse berufen. Sie sollen sich, wenn von der Presse die Rede ist, das Wort Masaryks vor Augen halten, daß Demokratie Diskussion ist und nicht Maulkorb und sie sollte sich vor allem — ich zitiere wieder eine andere Stelle aus dem politischen Programm Havlíčeks — das Wort einprägen: „Eine Regierung, die die Presse verfolgt, äußert dadurch unkonstitutionelle, selbstgefällige Gelüste und zeigt damit auf, daß sie nicht öffentlich beurteilt werden will, daß sie also irgend einen Grund hat, irgend etwas vor der Nation zu vertuschen. Mit guten Sachen braucht niemand hinter dem Berge zu halten." Und dann sagt er weiter: „Eine richtige konstitutionelle Preßfreiheit muß aber so geschaffen sein, daß die Regierung keine Macht hat, irgend jemandem die Aeußerung seiner Gedanken durch den Druck auf irgend eine Art zu verwehren oder sich an irgend jemandem zu rächen, der ihr Mängel vorwirft. Aus diesem Grunde darf auch in keinem konstitutionellen Lande niemand wegen eines Deliktes durch Beamte der Regierung, son-

---

Der Leib der Mutter. 23

Roman von Else Feldmann.

Aber sie fürchteten zwei Dinge: seine Frau, die sie für gefährlich hielten und ihn selbst, wenn er angetrunken war. Aber immer wieder kam es vor, daß sich eine mit ihm einließ; ihre Sinnlichkeit war stärker, als die Angst vor der Gefahr: Ach was, konnte sie sagen, was haben wir zu verlieren?

Die Frau machte häufig Skandal und es kam vor, daß sie sich selber den Richter machte. Sie traktierte die Nebenbuhlerin mit Ohrfeigen, riß sie an den Haaren und sagte ihr alle Ausdrücke, die es gab. Wenn sie sich ausgeschrien hatte, ging sie nachhause, aber nicht beruhigt und erleichtert, — dann erst kam das Unglück über sie, und sie bestand aus lauter Rache, Haß und Zorn.

Hier geht er, schrie sie auch diesmal, und hängte sich schwer an seinen Rock. Der Vater, der sich um seine Kinder nicht kümmert, wenn er bei seinen Huren ist!

Die Männer und Arbeitskameraden befreiten ihn.

Ja, ja, sie kannten das und halfen ihm; ein Mann versteht den andern.

Hier ist sie, schrie sie, und zerrte das Mädchen im Lodenmantel, deren vorgewölbter Leib deutlicher als alles andere von seinem Ehebruch sprach, aus der Menge. Das Mädchen verteidigte sich, sie könne nichts dafür, wenn der Mann sie verfolge. . . .

Hier stießen die Frauen ein Hohngelächter aus: Ha, ha, sie alle wußten, daß zwei dazu gehörten. Die Frauen waren auf Seite der Frau.

Die Männer schützten das Mädchen.

. . . . weil sie alle Lumpenkerle sind, keifte eine Alte.

Einen verheirateten Mann verführen! brüllten sie im Chor; einer Mutter von Kindern! Schämen Sie sich! Schäm dich, Sau! Lausmensch!

Sie waren auf der Straße und Passanten schlossen sich an. Das Geschrei wurde immer wütender.

Habt ihr gesehen, ihr Leib ist geschwollen? Geh, beeil dich, ins Findelhaus! Er hat sie verfolgt — die heilige Jungfrau! — Es wird ein Erzeugnis mit roten Haaren werden — und es wird schon in der Saugflasche Schnaps haben wollen. . . .

Eine Verbitterung war am Platz, als ob ihnen allen Unrecht geschehen wäre. Laich nahm Frau Miezek beim Arm. Beruhigen Sie sich, bat er sie. Gehen Sie rasch nach Hause — flüsterte er ihr zu; es könnte nicht mehr leben, wenn Sie sich noch lange aufhalten.

Sie aber riß sich los, warf sich wütend in die Menge, tobte und schrie, und eine Flut schweinischer Beschimpfungen stürzte aus ihrem zahnlosen Munde. Laich sah sie mit Entsetzen an. Zum erstenmal dämmerte es ihm auf, daß sie von den Aufregungen und der immerwährenden felischen Traurigkeit verrückt geworden war.

Die Männer trieben Miezek zu seiner Frau. Sie erwischte ihn am Aermel.

Heim kommst du — schrie sie — heim!

Und auch die Frauen schrien: Heim, wo er hingehört, zu Weib und Kind! Sie soll sich einen Ledigen suchen!

Die Straßenjugend unterhielt sich großartig.

Und da Miezek wirklich dahingebracht wurde, teils durch das Zureden der Männer, teils durch die leisenden Drohungen der Weiber, an der Seite seiner Frau zu bleiben, beruhigte sich die Menge wieder und nahm das Schauspiel auf der Straße wie eine Theatervorstellung auf, bei der man bis zum friedlichen Schluß bleibt. Das Mädchen im Lodenmantel ging unter „Bedeckung" in anderer Richtung.

Leute von der Straße traten an Laich heran und fragten ihn um Auskunft.

Eine Mutter, häßlich und mager, mit dünnem Haar, mit einem ebenso häßlichen, mageren Kinde auf dem Arm, erzählte schnell ihre Lebensgeschichte: seit ihrem vierzehnten Jahre war sie abwechselnd Dienstmädchen und Fabrikarbeiterin. In der Gummifabrik war sie, in der Schuhfabrik, in der Glasfabrik. Fünf Kindern hatte sie das Leben geschenkt. Ihr Mann war Taglöhner, Maurer, genau so alt wie sie, dreiunddreißig Jahre. — Nicht wahr, alle staunten, aber so sei es! Und heute gehöre sie zum alten Eisen. Ihre Haare gingen ihr aus; und sie war schon zu müde von der Arbeit — und jetzt verläßt sie der Mann und schafft sich eine junge von neunzehn Jahren an. . . . Ich bin ihm zu alt, und deshalb verläßt er mich! . . . Ich habe auch geschrien und Skandal gemacht. Ich habe so geschrien, daß ich gemeint habe, ich hätte für alle Zeiten meine Lunge ausgeschrien, aber ich habe noch viel zu wenig geschrien. Noch viel ist in mir geblieben. Wenn man noch so schreit, es bleibt noch viel zurück und zuckt in einem. Die Kinder, meine Kinder, die ich mit Schmerzen zur Welt gebracht, hat man mir bis auf das eine weggenommen und in das Asyl gegeben. Soll es da nicht zucken in mir? . . .

Laich kam an diesem Abend zu spät in den Dienst und ein anderer hatte seine Arbeit übernommen.

•

An einem Tage erhielt er zwei Briefe.

Der eine lautete: Sehr geehrter Herr Laich! Ich weiß nicht, wie Sie über mich denken. Wären es nicht Sie, ich hätte nicht den Mut an jemand zu schreiben. Ich will Ihnen heute mitteilen, daß ich meine Eltern verlasse und mir eine Stelle suchen werde. Vielleicht fahre ich auch fort von hier. Ich möchte Sie um Ihren Rat bitten. Ich bitte Sie, geben Sie mir Gelegenheit, Sie zu sprechen.

N. B. Ich will ein anderes Leben beginnen. Schreiben Sie mir hauptpostlagernd unter meinem Namen! Erika.

Und das war der zweite Brief: Werter Herr Laich Redaktöhr der Zeitung. Ich bite sie kommen Sie wieder ich will von ihnen nichts nur das sie komen Ich habe mich schlecht gegen ihnen benommen und sie damals für das Gespötte hergegeben. In der Restauration. Ich danke auch schön für damals die Bonbons und die Blumen ich habe sie heute noch sie stehen im Fenster in ein Glas und sind schon trocken und verwelkt und ich werf sie nit weg ich will sie ewig halten zum Andenken das ich Blumen bekommen hab und ich hab mich dafür so benommen Verzeihen sie eine arme kranke unglückliche Frau und beehren sie mich mit ihren Besuch. Ich kann keine Männer Besuche empfangen ich liege krank im Bett mit geschwollene Fieß o weh o weh ich bin im ganzen Leibe krank und der Herr Doktor sagt Lehmungserscheinung. Gestern hat mir Malci essen gebracht aber heute vier Uhr nachmittags war sie noch nicht da. Bite bringen Sie mir ein Stückl Brot mit und sonst nichts genug für mich. Ich hab die Frau Ohmal die Hausmeisterin die früher von mir so viel Geld eingesteckt hat gebittet den Brief aufzugeben für meinen Freind. Ich weiß nit ob sie es tut Werden Sie auf meiner Leich gehen werden Sie mich nit verlassen? Der Doktor sagt da ist keine Hilfe er wird schauen das ich abgeführt werde in Spital mein Vater is in Spital und ich hab große Angst vors Spital da sieht man nur die Aufgebahrten immer, und vorher schreien sie. Mein Vater is' im Spital gestorben an Säuferwahnsinn, da haben sie ihm mit offenen Mund und Augen liegen lassen, und niemand hat die Augen zugedrückt und ich hab das gesehn.

(Fortsetzung folgt.)

dern ausschließlich von Mitbürgern durch Geschworene gerichtet werden, denn ansonsten würde alles als Vergehen angesehen werden, was der Regierung unangenehm ist, auch wenn es für die Nation und für das Volk nützlich ist."

Gestatten Sie mir zum Schluß auch noch einen Franzosen zu zitieren, den General Tiers, der einmal in einer ähnlichen Situation den Machthabern zurief: „Man muß in einem Lande alles sagen können. Die Lüge ist niemals zu fürchten. Welche Oeffentlichkeit sie auch erwerben möge, sie stumpft sich durch ihre Häufigkeit ab und eine Regierung fällt nur durch die Wahrheit und vor allem durch die unterdrückte Wahrheit."

Das wird auch das Schicksal dieser Regierung sein in ihrem verzweifelten Kampfe gegen das sich aufbäumende Recht. (Beifall auf der Linken.)

Debatte über die Preßnovelle.

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses war zwar eine lange, von 10 Uhr früh bis 9 Uhr abends währende Arbeitssitzung, aber zu der gefürchteten Dauersitzung, die bis Mittwoch früh, eventuell bis Mittwoch abends dauern sollte, kam es nicht. Die Dispositionen des Präsidiums waren nämlich geändert worden und so wurde heute nur das Preßgesetz verabschiedet, während die Inkompatibilitäts- und Wahlgerichtshofs-Vorlage der morgigen Sitzung vorbehalten bleibt. Die morgige Sitzung wird wohl die letzte vor Ostern sein und das Haus tritt, wie wir erfahren, erst Mitte Mai wieder zusammen.

Die heutige Debatte über die Pressevorlage wurde fast durchwegs von der Kontraseite bestritten. Die wenigen Pro-Redner setzten sich in zynischer Weise über die Beschwerden der Opposition, sowie immer, glatt hinweg. Dr. Kramař fand heute die größte Zahl von Zuhörern, auch Ministerpräsident Švehla befand sich unter seinem Auditorium. Man kann nicht sagen, daß Dr. Kramař einen glücklichen Tag gehabt hätte. Der weitaus überwiegende Teil seiner Argumentation bestand im Hinweise auf die Verhältnisse der Presse in Sowjetrußland, was auf der äußersten Linken nicht unwidersprochen blieb, so daß es zeitweise während seiner Rede lebhaft zuging.

Die sachlichste und gehaltreichste Rede auf der Kontra-Seite war die des Genossen Dr. Czech, der in großangelegter Weise ein reichhaltiges Material über die Unterbindung der Preßfreiheit bei uns vorlegte und auf die wichtige Rolle der Presse für den sozialistischen Kampf hinwies. Von den übrigen deutschen Kontra-Reden kann man die des Nationalsozialisten Patzel als eine wahre Biedermannsrede bezeichnen. Der Deutschnationale Radda machte wie immer einige mehr schlechte als gute Witze und der Deutschdemokrat Koštka wies ganz richtig darauf hin, daß es die deutschen und die tschechischen Journalisten ablehnen, daß man ihrer Moral derart auf die Beine helfen will. Von den tschechischen Kontra-Rednern war die des Gewerbeparteilers Mlóch sehr scharf, während sich der Kommunist Burian — ebenso, wie in einer der jüngsten Sitzungen sein Parteichef Smeral — sehr besorgt um den Staat zeigte.

* *

Prag, 15. April. Der um 10 Uhr 25 Min. vormittags eröffneten Sitzung wohnte für das Justizministerium Sektionschef Dr. Volak und für das Innenministerium Sektionschef Dr. Bobek bei. Eine längere Zeit weilte auch der Justizminister Dr. Dolanský im Hause, in welcher die Debatte über die Pressenovelle begann.

Abg. Jos. Fischer (B. d. L.) erblickt im Regierungsantrag einen weiteren Beweis für den Krebsgang unserer Gesetzgebung. Die bösen Geister der Republik setzen sich zusammen und präsentieren heute dem Hause eine Mißgeburt. Die wahre Tendenz des Regierungsantrages besteht in der Vernichtung der oppositionellen Presse. Die Strafverfolgung der Abgeordneten und dieses Preßgesetz bilden eine richtige Introduktion zur Passionswoche für das deutsche Volk in diesem Staate. Und da meinen Sie, wenn dieses Gesetz streng gehandhabt wird, werde es nicht mehr sogleich ein Auferstehen für unsere Freiheit und Selbständigkeit geben. Geschickt wurde es gemacht: dem Abgeordneten wurde die Immunität beschnitten, so daß der Rest gar nicht mehr Immunität genannt werden kann, und jetzt kommt sein Sekundant, der Journalist dran.

Abg. Wenzel: Dazu kommt die famose Geschäftsordnung dieses Hauses.

Abg. Fischer (fortfahrend): . . . und beide werden jetzt Stammgäste im Karthaus werden. Mit dieser Novelle hat sich die Mehrheit einen gewaltigen Ruck nach rückwärts gegeben. Die Opposition wird sich durch diese absolutistische Gesetzgebung nicht aufhalten und auch nicht unterdrücken lassen. Es ist der unvernünftige und sinnlose Chauvinismus, der mit seinen Gewaltmitteln der Unterdrückung die Opposition auszuschalten sucht. Sie treiben eine Politik, über die das ewige Gesetz der Freiheit und des Rechtes einst entscheiden wird, aber nicht für Sie, sondern gegen Sie und gegen diese Politik.

Abg. Dr. Radda (Dtschnat.): Abg. Dr. Hajn hat im verfassungsrechtlichen Ausschuß der Opposition den Vorwurf gemacht, daß sie nur aus reiner Staatsfeindlichkeit gegen die Gesetzesvorlage Stellung nimmt mit der offenkundigen Absicht, den Staat zu untergraben. Die Vertreter der Opposition versicherten, daß sie nur sachliche und nicht staatsfeindliche Opposition betreiben. Ich als Vertreter der deutschnationalen Partei konnte mich dieser Versicherung nicht anschließen, weil wir der Ansicht sind, daß durch solche Ausnahmsgesetze die Verfassung des Staates und der Staat selbst langsam aber sicher untergraben wird, was uns nur mit Genugtuung erfüllt. Der Krug geht eben solange zum Brunnen bis er bricht.

Abg. Burian (Komm.) zitiert Havlíček und Dr. Rieger, welcher im Jahre 1862 im Wiener Reichsrat unter Beifall des Saales und der Galerie für die Geschworenengerichte und die Preßfreiheit eine große Rede hielt. Das Gesetz ist ein Beweis, daß die Koalitionsregierung ein Verderben für das arbeitende Volk darstellt und so werden alle Leute guten Willens daran erinnert, ihre Kraft zu verdoppeln, um diese Regierung zu stürzen.

Abg. Hnídek (tschech. Agrarier) verteidigt das Gesetz und meint, daß es sich nicht nur gegen die Opposition, sondern gegen alle richtet.

Abg. Charvat (tschech. Unabh.) sagt, daß uns das Gesetz vor dem Ausland kompromittiert und im Inlande die Reaktion stärkt.

Die folgende Rede des Abg. Dr. Czech, die wir an anderer Stelle wiedergeben, wurde von unseren Genossen, die dicht gedrängt an der Ministerbank standen, mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt. Auch der Justizminister Dr. Dolanský war während der ganzen Rede Dr. Czechs anwesend. Unsere Genossen gaben wiederholt ihre laute und lebhafte Zustimmung durch „Sehr richtig!" und „Hört! Hört! Rufe kund. Als Genosse Dr. Czech an das Körbersche Preßgesetz erinnerte, rief Genosse Bentel: „Das ist die Entösterreicherung". Genosse Jokl wies in Zwischenrufen wiederholt auf den Klassencharakter der Vorlage hin und Genosse Grünzner wandte sich an die Mehrheit mit dem Ruf „Ihr richtet den Absolutismus auf." Als Genosse Dr. Czech davon sprach, daß die beschuldigten Politiker der Koalition nichts zu ihrem Ehrenschutz unternommen hatten, bemerkte Genosse Hackenberg: „Der Prašek hat nicht einmal versucht, zu klagen." Als Dr. Czech das Rednerpult verließ, ertönte stürmischer, minutenlang anhaltender demonstrativer Beifall.

Abg. Kostka: Der erste Entwurf des Preßgesetzes zeigte Rückschritt über Rückschritt. Im zweiten Entwurfe wurden einige Giftzähne ausgezogen, doch trägt er noch in allen seinen Teilen alle Hauptmängel des ersten Entwurfes. Man will einen neuen Ehrbegriff für die Journalisten schaffen, den der deutsche wie der tschechische Journalist ablehnt. Entgegen den uns im Ausschusse durch den Referenten zuteil gewordenen Informationen wird das Strafausmaß erhöht, welche Erhöhung durch gar nichts gerechtfertigt ist. Auch zahlreiche andere Bestimmungen lassen sich mit einem modernen Strafgesetz für Preßdelikte nicht rechtfertigen. Die verfassungsrechtlichen Grundsätze über die Freiheit der Presse werden durch den Entwurf tatsächlich schwer verletzt. Warum nehmen wir heute dem Volke die Geschworenengerichte? Es gibt für gewisse Fälle kein Gesetz, das Volk muß aus seinem Empfinden das Rechte finden. Glauben wir daran, dann haben wir die Demokratie. Glauben wir nicht daran, dann gibt es überhaupt keine Demokratie. Zur Moral aber wird es wenig beitragen, daß wir die Moral der Gesetze fördern wollen. Denn dieses Gesetz ist in seinem innersten Kern als ein unsittliches Gesetz zu bezeichnen. Es versteht nicht die Zeichen der Zeit. Und wenn ein Engländer einst sagte: Wir erfinden die Presse, wir erfinden die Demokratie, so rufe ich Ihnen zu: „Sie erschlagen die Presse, Sie erschlagen die Demokratie."

Tomanek (slov. Volkspart.) protestiert gegen den gräßlichen Angriff auf die Preßfreiheit. Die Korruptionisten und Panamisten der Koalition sollen geschützt werden. Redner wird vom Vizepräsidenten Boto wiederholt zur Ordnung gerufen.

Sodann wird die Verhandlung auf zehn Minuten unterbrochen.

Abg. Böhr (dtsch. Christlichsoz.) führt aus: Die Vorlage unterscheidet sich von der ersten in einigen wesentlichen Punkten, womit aber nicht gesagt sein soll, daß die jetzige Form keinem Widerstand begegnen würde. Und wenn die Novelle die allerbeste wäre, so würde ihr doch ein Makel anhaften, nämlich, daß sie unzeitig ist. Wir würden wünschen, daß eine großzügige Reform des Preßgesetzes durchgeführt wird, denn von Augenblicksgesetzen gilt: „Vorgetan und nachbedacht, hat manchem schon groß Leid gebracht." Wir geben zu, daß gewiß Preßfreiheit nicht gleich bedeutend sein darf mit Preßfrechheit.

Abg. Patzel (dtsch. Nationalsoz.) verweist darauf, daß viel wichtigere Angelegenheiten der dringenden Erledigung in diesem Hause harren, als es jene der in Verhandlung stehenden Vorlage ist. Der Motivenbericht behauptet, daß dieses Gesetz kein Gelegenheitsgesetz sei, daß es vielmehr den Abschluß einer jahrzehntelangen Entwicklung bedeutet. Es ist wahr, daß es in den Ländern der Republik seit langem einen Kampf für die Reform des Preßgesetzes gibt. Bereits vor drei Jahren lag auch schon eine Preßgesetznovelle vor und es wäre wohl reichlich Zeit gewesen, im Einvernehmen mit journalistischen Sachverständigen und Juristen ein brauchbares Preßgesetz zu schaffen. Jetzt aber kommt man keinesfalls mit einer Modernisierung, sondern man greift bloß die Zuständigkeit in Preßsachen heraus.

Mlóch (tsch. Gewerbep.) erklärt, daß die Koalition dem Parlament eine Reihe von Gesetzen vorgelegt hat, die man als Gelegenheits-, ja Ausnahmsgesetze bezeichnen muß. Wenn die Koalition noch rasch vor den Osterfeiertagen einen Anschlag auf die Presse begeht, so gibt sie kein gutes Zeugnis staatsbildender Tätigkeit. Der Hauptzweck des Preßgesetzes sei es, die unangenehmen Affären der Koalitionsparteien zu vertuschen — das geben selbst die Koalitionspolitiker zu. Die Journalisten wurden überhaupt nicht gehört, weil in der Koalition das System der Fünferdiktatur herrschte.

Abg. Stenzl (dtsch. Gewerbep.) führt aus: So wie die früheren Vorlagen zumeist nur deshalb eingebracht wurden, um der herrschenden Nation Vorteile zu schaffen, so ist auch dieses Gesetz seinem ganzen Wesen nach nichts anderes als gewissermaßen ein Versicherungsgesetz für die Mitglieder der Koalition. Es ist aber eine Kulturschande, wenn die Regierung durch die Vorlage dieses Entwurfes daran geht, die Freiheit des geschriebenen Wortes einzuschränken. Als Angehöriger der Opposition kann ich es nicht als Ehre betrachten, von diesem Platze aus über die Vorlage zu sprechen, nachdem die besten Anregungen und Abänderungsanträge rundweg abgelehnt wurden. Es besteht eben kein Parlamentarismus hier, sondern wir befinden uns im Zustande einer modernen Diktatur, die allerdings nicht dazu beitragen wird, die inneren Verhältnisse zu konsolidieren. Eine solche drakonische und unmoralische Gesetzgebung wird auch die radikalen Elemente in vollster Empörung gegen den Staat finden. Hiefür trägt aber die herrschende Nation die volle Verantwortung. Das Ansehen der Tschechoslowakei wird durch dieses Gesetz nicht gehoben werden.

Dr. Kramař (tsch. Nationaldem.) erklärt, er habe eine gewisse Legitimation, zu diesem Gesetze zu sprechen, da er sich selbst als Zeitungsmann betrachte, weil er Herausgeber einiger großer Zeitungen sei. Er erklärt, daß es sich einzig und allein um die Verhinderung von Ehrenbeleidigungen aus politischen und Parteigründen und nicht um die Unterbindung der Presse handelt. Die Koalition habe ihre Pflicht getan, denn sie habe sich mit den Journalisten und dann mit Spezialisten im Zeitungsfach beraten. Er erinnert daran, daß er vor 32 Jahren im österreichischen Parlamente für die Preßfreiheit eingetreten ist. Redner befaßt sich sodann mit den Geschworenengerichten und verweist dann auf die Preßverhältnisse in Rußland, wobei er mit den Kommunisten mehreremal in heftige Wortgefechte gerät.

Dr. Gazik (slov. Volksp.) erklärt, daß der Tag der Abzahlung für den Verrat an der Freiheit und Demokratie kommen werde. Redner erklärt, daß ein aktiver Minister jemanden in den Verwaltungsrat einer slowakischen Zuckerfabrik in Trentschin-Teplitz vorgesteckt habe, die Dividende von 50.000 Kronen jährlich aber selbst bezieht.

Abg. Jung (dtsch. Nationalsoz.) glaubt, den Kern der Ausführungen des Dr. Kramař darin erblicken zu sollen, daß die Koalition der Staat sei.

Damit war die Debatte beendet und nach dem Schlußwort der Berichterstatter wurde zur Abstimmung geschritten. Die Koalition stimmte alle Abänderungsanträge der Opposition — es waren insgesamt 60, von denen die größte Anzahl von unseren Genossen stammte — nieder und nahm die Regierungsvorlage unverändert an. Beachtenswert ist, daß die tschechischsozialdemokratischen Abgeordneten Remeš, Prokes und Dr. Meißner bei der Abstimmung fehlten.

Ein Antikorruptionsgesetz.

Prag, 15. April. Die Regierung hat der Kammer heute in den Abendstunden ein Gesetz betreffend die Verfolgung der Bestechungen vorgelegt. Ueber die allgemeinen Strafgesetzbestimmungen hieraus wird bestimmt: Wer von einem Beamten oder einem anderen Organ einer rechtlichen öffentlichen Korporation irgendeinen Vorteil verlangt und ihm dafür einen Vermögensvorteil verspricht oder zuwendet, macht sich des Vergehens der Bestechung, und wenn es sich nur um einen geringen Betrag handelt und dabei nicht ein öffentliches Interesse geschädigt wurde, der Uebertretung der Bestechung schuldig. Die Strafe für das Vergehen ist Arrest von sechs Monaten bis zu einem Jahr, die Strafe für die Uebertretung Arrest von 24 Stunden bis zu 14 Tagen oder Geldstrafe von 50 bis 500 K. Dieselbe Bestrafung tritt ein, wenn er den Vermögensvorteil des betreffenden Beamten oder staatlichen Organes einer dritten Person zugesichert hat.

Wenn eine solche strafbare Handlung vor der Wirksamkeit des Gesetzes begangen wurde, hat der Beschuldigte nicht verfolgt zu werden, wenn er sich bis zum 1. Juni freiwillig bei der für die Untersuchung dieser Vorfälle eingesetzten richterlichen Kommission meldet und ein Geständnis ablegt, das alle vorgefallenen Unregelmäßigkeiten enthüllt, sowie dem Staat den Vermögensvorteil, der ihm unrechtmäßig gewährt wurde, abführt. Diese Kommission zur Untersuchung der Korruptionsaffären ernennt die Regierung. Wenn der Schuldige nach Entscheidung dieser Kommission straflos ausgeht, so muß über sein Verlangen die Strafverhandlung gegen die anderen an dieser Affäre beteiligten Personen, welche nicht straflos ausgehen, mit Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt werden.

Die gleiche Strafe trifft den Beamten oder das Amtsorgan, welche sich oder einer dritten Person direkt oder indirekt solche Vermögensvorteile von dem Bestecher haben versprechen lassen.

Eine gefährliche Fußangel für Beamte, die über Mißstände in den Aemtern Informationen erteilen, enthält eine weitere Bestimmung des Gesetzes, wonach ein Beamter oder irgend ein anderer Funktionär einer öffentlich-rechtlichen Korporation, der den Inhalt eines amtlichen Dokumentes oder Vorgänge einer Amtshandlung verrät, wegen Vergehens mit Arrest von 24 Stunden bis zu 14 Tagen oder Geldstrafe von 50 bis 1000 K bestraft werden kann. Wenn er erkennen mußte, daß durch seine Handlungsweise das öffentliche Interesse ernstlich bedroht werden könne, wird er mit strengem Arrest von drei bis sechs Monaten bestraft.

Im Motivenbericht erklärt die Regierung, daß sie mit unbeugsamer Strenge entschlossen ist, die Wurzel der Korruption auszurotten, und verlangt, daß diese Vorlage in der kürzesten Zeit in den Kammern verhandelt werde.

Inland.

Die Koalition will die Korruption nicht untersuchen!

In einer Sitzung des Initiativausschusses des Abgeordnetenhauses beantragte der Referent Abg. Navratil, den Antrag des Genossen Dr. Czech, die Korruptionsaffären dem parlamentarischen Unterausschusse zuzuweisen, abzulehnen.

Genosse Dr. Holitscher protestierte gegen eine derartige Behandlung des Antrages Dr. Czech. Er wies darauf hin, daß der Referent nicht einmal die Ablehnung begründete, was eine ganz unparlamentarische Maßnahme, eine Umgehung der Demokratie darstellt.

Die Koalition lehnte den Antrag Dr. Czech ab, worauf unsere Genossen und die Kommunisten die Sitzung verließen.

Die Ablehnung des Antrages Dr. Czech beweist neuerdings, daß die Koalition die Korruption nicht ernstlich bekämpfen will, sondern, daß sie im Gegenteil immer wieder darauf losgeht, alle Anträge und Anregungen, die den Korruptionisten zu Leibe rücken könnten, sofort abzuwürgen.

*

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen: Der Initiativausschuß hat den von mir überreichten Antrag auf Zuweisung der Korruptionsaffären an den Untersuchungsausschuß abgelehnt. Ich beantrage daher, gestützt auf den § 23, Absatz 3, der Geschäftsordnung: „Das Abgeordnetenhaus weist den Antrag der Abgeordneten Dr. Czech, Cermak und Genossen dem Untersuchungsausschusse zu."

Hampl — Vorsitzender der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei. Aus der im „Pravo Lidu" veröffentlichten Einladung zum Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie, welcher vom 19. bis 22. April in Mähr.-Ostrau stattfindet, ist zu ersehen, daß der langjährige Vorsitzende der Partei, Abgeordneter Němec, dieses Amt nicht mehr versieht und nunmehr die Stelle eines „Ehrenvorsitzenden" einnimmt. Als Vorsitzender der Exekutive ist Abgeordneter Hampl unterschrieben.

Ausland.

Deutschnationale Brunnenvergifter.

Die Hetze gegen das Sachverständigengutachten beginnt.

Reichskanzler Marx hat Montag die Führer der Deutschnationalen Volkspartei empfangen. Im Verlaufe der Besprechungen überreichten diese einen Protest, der sich gegen eine Bindung der jetzigen Regierung in der Frage der Sachverständigengutachten wandte. Die Reichsregierung stütze sich nicht mehr auf den Reichstag, besitze nicht mehr das Vertrauen des deutschen Volkes, um sich irgendwie durch Erklärungen in der Reparationskommission binden zu können.

Abgesehen von den Kommunisten und Völkischen, die sich in der ewigen Verantwortungslosigkeit groß fühlen und deshalb aus Prinzip alles ablehnen, propagieren lediglich die Deutschnationalen eine Ablehnung der Sachverständigengutachten,

ohne jedoch zu erklären, auf welche Art und Weise endlich das Reparationsproblem eine für alle Teile mehr oder weniger zufriedenstellende Lösung finden soll. Bisher lebten sie in ihren Entscheidungen über die verschiedensten Probleme, die mit der Reparationsfrage zusammenhingen, in trauter negativer Gemeinschaft mit der Schwerindustrie. Zu ihrem eigenen Entsetzen und zur Verwunderung der deutschen Oeffentlichkeit ist diese Gemeinschaft plötzlich gelöst worden. Die Schwerindustrie hat plötzlich umgelernt, und in welchem Maß das geschehen ist, ersieht man daraus, daß sie jetzt bereit ist, viel höhere Summen zu akzeptieren, als es früher jemals notwendig gewesen wäre! Alle Angebote des früheren Reichskanzlers Wirth und seines Außenministers Dr. Rathenau waren z. B. in der Höhe wesentlich niedriger als die jetzt von den Sachverständigen an Deutschland gestellten Forderungen. Trotzdem wurden sie in einer Niedertracht bekämpft, deren Ausmaß sich nunmehr erst daraus ergibt, daß plötzlich höhere Forderungen angenommen werden, obwohl auch sie nur eine provisorische Lösung darstellen, die zur Zeit Wirths und Rathenaus von den Industriellen immer wieder abgelehnt und sogar als Vorwand zur Ablehnung von Diskussionen über das Reparationsproblem gemacht wurden.

Der Osterparteitag der englischen Arbeiterpartei.

Dem über die Osterfesttage in York stattfindenden Parteitag der Unabhängigen Arbeiterpartei wird mit großem Interesse entgegengesehen, da dieser Parteitag der Partei die erste Gelegenheit bietet, öffentlich zur Regierung der Arbeiterpartei und ihrem Programm Stellung zu nehmen. Die Tagesordnung für den Parteitag umfaßt zahlreiche Anträge zur Außenpolitik und zur Rüstungsfrage. Ein Antrag fordert die Regierung auf, die Möglichkeiten der praktischen Verwirklichung sozialistischer Maßnahmen von Amtswegen sachlich prüfen zu lassen.

Die Regierung hat bereits eine Kommission ernannt, die eine Erhebung über die Lohnverhältnisse im Bergbau anstellen soll. Da der Kollektivvertrag im Bergbau am 17. April abläuft, wird die Arbeit bis zur endgültigen Regelung und Erneuerung des Tarifvertrages auf Grund kurzfristiger Vereinbarungen fortgesetzt werden.

Arbeiterregierungen in Australien.

Das Ergebnis der Wahlen, die unlängst in Australien stattgefunden haben, hat nunmehr sowohl in Süd- als Westaustralien einen Regierungswechsel zur Folge gehabt. In beiden Staaten hat die Arbeiterpartei die Regierungsbildung übernommen. In Westaustralien wurde Collier, ein früherer Bergarbeiter, und in Südaustralien Gunn, der ehemals Kraftwagenlenker war, Ministerpräsident. Da Tasmanien und Queensland bereits Arbeiterregierungen haben, sind nunmehr vier von den sechs australischen Gliedstaaten von einem Kabinett der Labour Party regiert.

Die nächsten Hochverratsprozesse in Deutschland.

Leipzig, 15. April. (Wolff.) Zu dem gegen die Organisation „Consul" schwebenden Verfahren ist mitzuteilen, daß die Voruntersuchung jetzt abgeschlossen ist. Die umfangreiche Anklageschrift dürfte in den nächsten Tagen dem Staatsgerichtshofe zugehen.

München, 15. April. (Wolff.) Am 23. ds. beginnt vor dem Volksgerichte in München der Prozeß gegen 38 Angehörige des Stoßtrupps Hitlers wegen Beihilfe zum Hochverrat.

Umfang und Ursachen der Karwiner Katastrophe.

(Von unserem nach Karwin entsendeten Berichterstatter.)

Karwin, 15. April. Der Gabrielenschacht in Karwin, einer der größten Schächte des Ostrau-Karwiner Revieres bietet nach den am Samstag und Sonntag stattgefundenen Explosionen ein Bild größter Verwüstung. Das riesige, mit 14 Fenstern versehene Maschinenhaus ist gänzlich demoliert, kaum eine Scheibe ist ganz geblieben. Der Boden der weiten Schachtanlage ist mit Glassplittern gepflastert. An der Unfallstelle liegen Glasteile, Mauerwerk, Holz- und Eisenteile so wüst durcheinander, daß man sich wie durch einen Urwald den Weg bahnen muß, um hindurchzukommen. Die größte aus Holz erbaute Kühlanlage ist ein Holzhaufen, aus dem ein paar Ballen herausragen, die wie Zündhölzchen geknickt sind. Das Fördergerüst, zu dessen Erbauung 15 Waggons Eisen notwendig waren, und das Eisen einen Wert von dreiviertel Millionen Kronen repräsentiert, ist ein Haufen von zerbrochenem, verbeultem Eisen. An allen Gebäuden in der Nähe des Gerüstes sind die Dachziegel weggefegt, kein Fenster ist ganz geblieben. Die Wucht der sonntägigen Explosion war so stark, daß die Förderschale, die 4850 Kilogramm gewogen hat, wie ein Gummiball über das Dach eines Kanzleigebäudes flog und im Garten völlig zerschellte. Das Förderseil, welches das ganze Gewicht der Förderschale zu tragen hatte, liegt in Hunderten von Stücken zerrissen. Alle Holzkonstruktionen sind verbrannt, die starken Traversen zerbogen und zerstückelt, das Mauerwerk des Fördergerüstes und der in der Nähe befindlichen Bauten liegt in Splittern wie große Steine umher, daraus ragen verbogene Eisenteile und verbrannte Balken. Es hat den Anschein, als ob die ganze Schachtanlage zerstückelt worden wäre. Mitten in den Ruinen sind Arbeiter damit beschäftigt, die Schacht-Ausgänge zu verdämmen, große Fuhren mit Lehm und Steinen fahren ins Werk ein, um einem neuen Zerstörungswerk der Explosivgase Einhalt zu tun.

Die Ursache der Katastrophe

war, wie uns Pohl, ein Mitglied der Bergbehörde und ein Mitglied des Arbeiterbetriebsrates mitteilten, die Erhitzung teils abgebauter Kohlengänge, teils des unabgebauten Kohlenflötzes. Der untere Teil des Flötzes wurde abgebaut, der obere Teil ist geblieben, eingestürzt und durch den Bruch haben sich die Kohlengase entzündet. Im Augenblick des Hinzutretens von Gasen zu den brennenden Kohlenmassen sind nun diese Gase explodiert. Der Gabrielenschacht ist einer der gasreichsten und er produziert innerhalb von 24 Stunden 140.000 Kubikmeter Gas. Schon vor einem halben Jahre wurde ein Teil der Schachteinlage eingedämmt.

Wenige Tage vor dem furchtbaren Unglück machte ein Inspektionsorgan die Beobachtung, daß im Abbauraum Gase auftreten. Eine hierauf vorgenommene Inspektion blieb resultatslos. Freitag bemerkte nun ein Aufsichtsorgan eine starke Gasentwicklung, worauf die Belegmannschaft, die in dem Teil, wo die Explosion stattgefunden hat, mehrere hundert Köpfe stark ist, alarmiert wurde und die Grube verließ. Wenn dies nicht geschehen wäre, hätten 500 bis 600 Menschen das Leben gelassen. Im Einvernehmen mit der Berghehörde und dem Betriebsrat wurde nun beschlossen, den gefährdeten Teil der Schachtanlage abzudämmen. Mitten in diesen Arbeiten erfolgte Samstag die erste Explosion. Die dem Explosionsherd zunächst liegende Mauer ist etwa 1.50 Meter stark. Sie wurde durch die Wucht der Explosion ganz zerrissen, die daselbst arbeitenden Menschen buchstäblich zerquetscht. Die sonntägige Explosion, die in ihrer Gewalt noch furchtbarer war, wiewohl dabei kein Menschenleben zu beklagen ist, kam einem Teile der Betriebsangestellten überraschend. Von einem anderen Teile wurde sie jedoch erwartet und befürchtet. Sie erfolgte, während die Werksingenieure gerade über die Möglichkeit einer weiteren Explosion Diskussion abführten.

Auch jetzt ist, wie uns ein Betriebsingenieur versicherte, nicht alle Gefahr verschwunden und es liegt im Bereiche der Möglichkeit, daß die Wetter nochmals Schaden anrichten. Die Schachtanlage ist deshalb in weitem Umkreise abgesperrt und es werden auch nur wenige Besucher, die die Unglücksstätte besichtigen wollen, zugelassen.

Insgesamt sind am Samstag 15 Menschen ums Leben gekommen.

Mit Ausnahme dreier Lediger sind es durchwegs Familienväter. Einer der Getöteten hat acht Kinder, die nun ohne Ernährer bleiben. Die Rente, welche die Witwe samt den acht Waisen erhalten wird, beträgt 600 Kronen im Monat. Davon sollen 9 Personen leben! Verletzt wurden zwölf Personen, davon 6 am Samstag und 6 am Sonntag. Die meisten von ihnen liegen in dem in der Nähe des Schachtes befindlichen Werkspital. Einige haben Gasvergiftungen erlitten und sind kreideweiß. Andere wieder haben das Gesicht so zerschnitten, daß vom Verband nur Augen und Mund freibleiben. Ein Mädchen, das innere und äußere Verletzungen erlitten hat, wollte gerade auf dem Wege hinter dem Schachte zur Kirche gehen. Sie wurde vom Luftdrucke in die Höhe gehoben und über den Zaun ins Werk hineingeworfen. Der Primararzt erzählt, daß infolge der Furcht der Bevölkerung vor weiteren Explosionen sich niemand ins Spital aufnehmen lassen will, weil es nur wenige Minuten vom Werk entfernt ist. Trotz der schweren Verletzungen, die einzelne Männer und Frauen erlitten haben, hofft sie der Arzt doch durchzubringen. Leider ist der Zustand einiger Verletzter noch immer ernst, da sich schon verschiedene Komplikationen teils schon eingestellt haben, teils noch einstellen können. So hat ein Verletzter infolge des Eindringens von Staub in die Lunge Lungenentzündung bekommen. Bei einem anderen ist die Möglichkeit einer Blutvergiftung nicht ausgeschlossen. Die Verletzten sind seelisch gebrochen und stehen noch immer unter den Einwirkungen des furchtbaren Geschehens. „Es kam so mit einem Mal", jammerte einer, „plötzlich hörte ich einen Schuß, ich flog davon, fiel nieder und war mit einer Menge von Schutt und Geröll bedeckt, dann verlor ich das Bewußtsein."

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Betriebsaufsicht unmittelbar weniger die Schuld trifft und daß man Freitag, als man die Gefahr erkannte, Hunderte von Bergarbeitern aus der Grube sofort entfernte. Aber **man wußte schon seit langem, daß der Schacht gefährlich ist. Schon vor drei Jahren zeigten sich drohende Zeichen und dennoch arbeitete man weiter.** Die Arbeit, wie der Flöz abgebaut wurde, war, wie uns ein Mitglied des Betriebsrates versicherte, mit eine der Ursachen der Katastrophe. **Erst in der letzten Stunde wurden die Sicherheitsvorkehrungen getroffen.** Das aber konnte das Unglück nicht aufhalten.

Das ganze System des Abbaues in einem Kohlenflöz, das als eines der gasreichsten und darum gefährlichsten bekannt ist, ist ein Raubbau an den Menschen.

Nicht die Sicherheit derer, welche die Kohle fördern, ist maßgebend bei den technischen Einrichtungen des Kohlenbergbaues, sondern der Profit des einzelnen Bergbesitzers ist das entscheidende Moment, ob und wie ein Kohlenflöz abgebaut wird. Nicht die technische Leitung, sondern die Kapitalsbesitzer haben die vielen Toten auf diesem blutdurchtränkten Schlachtfelde der Arbeit — welches das Ostrau-Karwiner Revier ist — auf dem Gewissen.

Und darum können auch keine kleinlichen Sicherheitsvorkehrungen das Leben des Bergarbeiters schützen, sondern eine grundlegende Reform der staatlichen Grubeninspektion, die nur durch ein Gesetz möglich ist. Die Katastrophe auf dem Gabrielenschacht in Karwin muß daher der Ausgangspunkt werden für eine Reform der Berginspektion an Haupt und Gliedern. Die Bergarbeiter waren so oft die Preisfechter der gesamten Arbeiterklasse, nun gilt es für die gesamte Arbeiterklasse, sich mit aller Kraft einzusetzen für eine sozialpolitische Reform im Bergbau, welche das Leben der Bergarbeiter zu schützen geeignet ist.

Erklärungen des Arbeitsministers

Die Antwort des Ministers für öffentliche Arbeiten auf die Interpellation der Abgeordneten Pohl, Dr. Haas u. Genossen wegen der zunehmenden Unfälle und Grubenkatastrophen im Bergbau besagt:

Es ist Tatsache, daß im laufenden Jahre die Todesfälle und schweren Verletzungen beim Bergbau in beängstigender Weise zugenommen haben. Es ist richtig und muß mit dem größten Nachdruck festgestellt werden, insoweit die in der Interpellation angeführten Ursachen daran die Schuld tragen, daß die geltenden Sicherheitsvorschriften zum Schutze des Lebens der Bergarbeiter immer weniger eingehalten werden, und insoweit die Tatsache dazu beiträgt, daß die Bergarbeit derart gefährlich ist, daß auch die größte Aengstlichkeit nicht immer einen Unglücksfall hintanhalten kann.

Darum stellt das Ministerium insbesondere fest, ob die von den Mitgliedern der Betriebsräte konstatierten und der Verwaltung des Bergwerks angezeigten Uebelstände nicht beseitigt worden sind und ob auch die Beschwerde an das Revierbergamt ohne Erfolg geblieben ist.

Daß die Bergwerksinspektionsämter unter unzureichender Zahl der Beamtenschaft und der Vermehrung der Agenda leiden, ist der Staatsverwaltung bekannt, und es wird nötig sein, an eine völlig befriedigende Ausgestaltung der Revierbergämter und der Bergbauabteilung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, insbesondere der Inspektionsabteilung, zu schreiten.

Wenn es auch bei den besten modernsten technischen Einrichtungen, bei den genauesten Vor-

Anatole France.

Zum 80. Geburtstag des Dichters

(16. April 1844 geb.).

Von Friedrich Wendel.

Der Genius Frankreichs, dem die Menschheit wesentlichste Elemente der moralischen Orientierung und kostbarste Güter ihres kulturellen Besitzstandes verdankt, erscheint heute durch eine größenwahnsinnig gewordene Hochbourgeoisie geschändet. Ihre Vertreter führen den Namen Franzosen mit etwa demselben Recht, wie unsere heimischen Profitpiraten den Namen Deutsche. Aber der Genius Frankreichs lebt, und die Menschheit huldigt ihm, wenn sie am 16. April dieses Jahres dem großen französischen Dichter und Denker Anatole France zum achtzigsten Jahre seines der Mission der Vernunft geweihten Lebens huldigt.

Gerissen hatte Frankreichs Bourgeoisie, als sie 1789 den großen Entscheidungskampf gegen den ihr überall und stündlich im Wege stehenden Feudalismus aufnahm, die Ergebnisse einer hundertjährigen philosophischen Bemühung in den Dienst ihres Klassengedankens zu stellen verstanden. Hatten die großen Philosophen des Nationalismus, unter denen Meister Anatole dem alten Cordillac eine besondere Bedeutung beilegt, das neue, zuverlässige Denken begründet, indem sie als Ausgangspunkt aller Ueberlegungen den handgreiflichen Beweis hinstellten, und sich aller mystischen Offenbarung absagten, so feilten die Formulatoren der bourgeoisen Ideologie die Schneide dieser Waffe zum Messer der Guillotine, unter das sie die Häupter der Gottesgnadenidee legten. Keine zehn Jahre später war offenbar, was es mit dieser bourgeoisen Absage an den lieben Gott auf sich hatte. Dieselbe Gesellschaft, die die Kirche als ideologische Basis des Feudalismus zerstörte, trieb in dieselbe, eiligst restaurierte Kirche die Scharen der Besitzlosen, die auszubeuten ihr Klassenziel war. Galt früher die Hierarchie der feudalen Pyramide als gottgewollt und demgemäß als heilige und unantastbare Institution, so war es jetzt das wohlgeordnete System der Ausbeutung, die Welt des Eigentums, um das die Wolken des benebelnden Weihrauchs zu schwelen und zu schweben hatten. Hatten die Philosophen das Recht auf Freiheit des Denkens verkündet, so machte die fingerfertige bürgerliche Klasse aus diesem Freiheitsbegriff die Ellenbogenfreiheit des ausbeutenden Tüchtigen. Hatten die Philosophen ein Gelächter über den Vorzug der adeligen Geburt herausgelockt, so war der verehrliche dritte Stand gewillt, jedem mit Blut das Maul zu stopfen, der ein gleiches Gelächter etwa über die Rangordnung der Vermögensziffern anzustimmen sich unterstehe. Die Geschichte Frankreichs, wie aller kapitalistischen Länder im 19. Jahrhundert, ist die Geschichte der Verfälschung der Philosopheme des Nationalismus durch die bürgerliche Klasse zu bürgerlichen Klassenprinzipien.

Anatole France, am 16. April 1844 zu Paris, am Quai Malaquais, gegenüber dem Louvre, als Kind eines Buchhändlers geboren, in guten Schulen zu einem gründlichst durchgebildeten Humanisten erzogen, begriff in voller Klarheit gallischen Geistes das Verhältnis in seiner ganzen skandalösen Drastik. Mit seinen großen antibürgerlichen Romanen kam er in der zweiten Hälfte seines Lebens heraus. Vorher hatte er sich die Welt in einer Reihe von sorgfältigen Romanen und meisterhaften Novellen als Mann vorgestellt, der mit selten sicherem und tiefem Blick den Menschen und Dingen in die Seele zu sehen verstand und sozusagen von jeder Minute der Weltgeschichte zu berichten wußte, wie neben der Größe die Lächerlichkeit zu agieren pflegte. Ob es ein römischer Regierungspräsident namens Pontius Pilatus war, der sich in der exklusiven Stille von Bajä mit einem Jugendfreund über Diplomatenklatsch zu Rom und en passant über eine jüdische Schenkentänzerin Maria Magdalene unterhielt und sich nur dunkel an einen gewissen Jesus von Nazareth zu erinnern vermochte, ob es ein armer Gaukler war, der die Himmelskönigin nicht besser zu ehren wußte, als indem er vor ihrem Bild feierlich, heimlich mit seinen bunten Kugeln zu jonglieren begann, ob es ein Grandseigneur war, der zur Guillotine schritt, oder ein arbeitsloser Neger, der in das Gewühl der Broadway blickte, — immer wurden die letzten Dinge zum Thema herausgeholt und gesagt. Man hatte immer das Empfinden, bei ihm in sicherster Hand zu sein. Wenn ein Mann von solchen Qualitäten über die bürgerliche Welt in einem Ton sprach, wie er so vernichtend kaum von irgend einem anderen angeschlagen wurde, so mußte er verflucht stichhaltige Gründe haben. France hat über die Heroen der Bürgerlichkeit, beispielsweise in der „Insel der Pinguine" über den ersten Napoleon Dinge gesagt, die ihm übel aufgestoßen wären, wäre nicht der ungeheure Respekt vor der Zuverlässigkeit seines Urteils gewesen, der selbst die Bestie Chauvinismus im Schach hielt. In demselben Werk führt er den Ursprung des Eigentums rund und nett auf Raubmord zurück, ohne auch nur in einer Zeile der möglichen Interpretation das Hintertürchen offen zu lassen, das sei nicht so wörtlich zu nehmen! Man hat von ihm, dem bedeutendsten lebenden Satiriker, gesagt, seine Ironie habe immerhin ein versöhnendes Moment. Soll das heißen, daß seine Satire letzten Endes ungefährlich sei, so ist die Darstellung grundfalsch. Der große Ironiker entläßt uns mit dem Gefühl des Befreitseins nur dadurch, daß der Satiriker im Negativ des Spottes das Positive vorführt, die eigene, harmonisch abgerundete Welt der Weisheit, Vernunft und Güte aufzeigt. Alle große Satire besteht ja dadurch, daß der Satiriker im Negativ des Spottes das Positiv ethischer Einstellung zu geben vermag. Bei Anatole France haben wir das in klassischer Vollkommenheit. Was seine ironische Meisterschaft im „Aufruhr der Engel" zum Thema Sozialismus zu sagen unternahm, wird wahrscheinlich für lange Zeit das Klügste und Tiefste sein, was zu diesem Thema überhaupt zu sagen war. Ein Sozialist, ein treuer Freund Jaurès, ein glühender Verteidiger der These, daß die Einigkeit der Arbeiter den Weltfrieden bedeute, hat das Buch geschrieben. Er ist weit davon entfernt, zu sagen, daß ein Mensch schon dadurch zum Engel wird, wenn er sich zum Sozialismus bekennt. Und er ist weit davon entfernt, zu sagen, daß, wenn morgens 8 Uhr die kapitalistische Welt zusammengehauen wird, mittags 1 Uhr jenes Paradies vorhanden sein wird, von dem Millionen träumen. Er erlaubt sich überhaupt, jene seltsame These anzuzweifeln, daß besagtes Paradies quasi der Schlußpunkt der Entwicklung der Menschheit sein wird. Aber eines weiß er mit positiver Sicherheit — weiß es, weil er diesen Planeten und seine Menschen genauestens kennt —, daß mit der Etablierung der sozialistischen Gesellschaft die moralische Höherentwicklung der Menschheit wird eingeleitet sein! Er trifft sich darin mit Karl Marx, der das Wort gesprochen hat, daß in dem Augenblick, da der sozialistische Gedanke verwirklicht sein wird, alle bisherige Geschichte nur eine Vorgeschichte der Menschheit wird gewesen sein.

Des Dichters Anatol France sozialistisches Bekenntnis.

„Ich bin schon seit einer Reihe von Jahren Sozialist und werde mit jedem Tage mehr Sozialist. Ich bin Sozialist, weil der Sozialismus die Gerechtigkeit ist; ich bin Sozialist, weil der Sozialismus die Wahrheit ist; der Sozialismus wird aus dem Lohnsystem so unvermeidlich hervorgehen, wie das Lohnsystem der Leibeigenschaft folgte. Man kann den Fortschritt des Sozialismus verneinen, doch nur weil die meisten Menschen den Bestand dessen verneinen, wovor sie sich fürchten."

schriften, bei der strengsten Beaufsichtigung und bei musterhafter Disziplin nicht möglich sein wird, alle Unfälle überhaupt hintanzuhalten, sondern sie nur auf ein bestimmtes Minimum herabzudrücken, so ist auch dies ein Ziel, das aller Opfer aller Beteiligten würdig ist, und im übrigen beharrt die oberste Leitung auf der Durchführung aller dahinzielenden Maßnahmen und wird darauf beharren.

Aus der bisher verarbeiteten Unfallstatistik im Bergbau bis einschließlich 1922 geht hervor, daß die Zahl der tödlichen Unfälle in den Jahren 1919, 1920 und 1921 gegen die Zahl der tödlichen Unfälle in den Jahren 1910 bis 1913 gestiegen ist, wobei allerdings das Jahr 1919 durch die Katastrophe auf der Neugrube in Lazy, die 92 Opfer gefordert hat, sich der statistischen Erwägung entzieht. Dafür ist das Jahr 1922, was die tödlichen Unfälle betrifft, von allen angeführten Jahren, das günstigste. Die Zahl der schweren Unfälle betrug im Durchschnitt der Jahre 1919 bis 1922 877 Fälle, gegenüber dem Durchschnitt von 826 aus den Jahren 1910 bis 1913, somit ein verhältnismäßig unbedeutendes Anwachsen, wobei auch bei dieser Art der Unfälle das letzte Jahr 1922 ein günstiges ist (815 Unfälle) und von den Jahren nach dem Umsturz das weit günstigste. Die Zahl der leichten Unfälle, welche sich nur durch die Dauer der Heilpflege als schwere qualifizierten, ist freilich bedeutend gestiegen und steigt vom Jahre 1920 an dauernd. Die Erklärung dieser Erscheinung ergibt sich zum Teile daraus, daß in den Vorkriegsjahren die Höhe der Krankenschichten durchaus unzulänglich war und hiedurch die verletzten Arbeiter nötigte, noch vor Beendigung der Heilung, sobald dies irgendwie möglich war, die Arbeit wieder anzutreten. Durch die Neuregelung der Krankenschichten hat die vorausgesetzte Durchschnittsdauer der subjektiven Arbeitsunfähigkeit auch in jenen Fällen verlängert, wo in den Sicherheitsverhältnissen der Gruben keine Verschlimmerung eingetreten war.

Die Zahl der vorgenommenen Inspektionen nach dem Umsturz ist allerdings gegenüber der Zahl der Inspektionen in den Vorkriegsjahren wesentlich gesunken; während im Jahre 1912 892 Inspektionen und im Jahre 1913 911 Inspektionen stattfanden, betrug die Zahl der Inspektionen im Jahre 1919 354 und im Jahre 1920 268. Im Jahre 1921 fanden 400 Inspektionen statt (hievon 12 der Inspektionsabteilung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, 110 der Berghauptmannschaften und 336 der Revierbergämter).

Diese Abnahme der Inspektionen ist jedoch erklärlich, wenn erwogen wird, daß die Zahl der Bergbaubetriebe in Böhmen, in Mähren und in Schlesien vom Jahre 1912 von 379 auf 494 im Jahre 1920 gestiegen ist, daß ferner die Zahl der Arbeiterschaft in der gleichen Periode von 113.203 auf 142.645 gestiegen ist, daß die Zahl der Geschäftsnummern der Revierbergämter von 89.554 auf 109.120 gestiegen ist und daß die Zahl der Referenten mit der vorgeschriebenen beiderseitigen Qualifikation bei den Revierbergämtern von 42 im Jahre 1912 auf 29 im Jahre 1920 gesunken ist und im Jahre 1921 nur schon 26 und im Jahre 1922 27 betragen hat.

Der Abgang beträgt somit fast 40 Prozent vom Gesamtbestande. Hiebei ist sowohl den Bergbaubehörden 1. Instanz, als insbesondere der Bergbausektion im Ministerium für öffentliche Arbeiten eine ganz neue, viel Zeit erfordernde Agenda durch die neuen sozialen Verhältnisse, die dauernden dringenden Anforderungen von Reparaturen verschiedener dauernder Einrichtungen, durch unzählige Beratungen, Enqueten, Interventionen bei Verhandlung von Kollektiv-Verträgen und bei Beilegung von Streiks erwachsen, abgesehen von den völlig neuen Aufgaben, die aus der Neuregelung des Bergbaubetriebes hervorgegangen sind. Obgleich die Agenda der Bergbausektion des Ministeriums für öffentliche Arbeiten quantitativ der Agende der ehemaligen Bergbausektion des Ministeriums für öffentliche Arbeiten in Wien gleichkommt oder sie vielleicht sogar übersteigt, befinden sich in der Bergbausektion des Ministeriums für öffentliche Arbeiten (abgesehen von der Inspektionsabteilung) derzeit außer dem Sektionsvorstand nur 6 pragmatische Konzeptsbeamten, während in der gleichen Sektion des Wiener Ministeriums außer dem Sektionsvorstand 18 Konzeptsbeamte vorhanden waren. In der Inspektionsabteilung in Wien waren 15 Beamte, während die Inspektionsabteilung in Prag in den fast 3 Jahren seines Bestandes nur 4 Konzeptsbeamte zählt.

Bei allen Revierbergämtern, Berghauptmannschaften, Bergkapitanaten und Kommissariaten (in der Slowakei) sind derzeit 60 Konzeptsbeamten zugeteilt, von denen 46 die vom Gesetz geforderte juristische und montanistische Ausbildung haben.

Die Abnahme der Zahl der Konzeptsbeamten in den Bergämtern erklärt sich nicht nur durch den natürlichen Abgang (Tod und Pensionierung) und nach dem Umsturz dadurch, daß der überwiegende Teil der Referenten der Bergbausektion des Ministeriums für öffentliche Arbeiten in Wien dort auch weiterhin verblieb, sondern auch durch das häufige Austreten der Bergbaubeamten aus dem Staatsdienst.

Wie schwierig es ist, ja bei den bestehenden Verhältnissen unmöglich, sie zu ergänzen, bezw. das Konzeptspersonal der Bergbauinspektionsabteilung auf die erforderliche Höhe zu vermehren, zeigt das Ergebnis des vom Ministerium für öffentliche Arbeiten im Jahre 1922 ausgeschriebenen Konkurses. Ausgeschrieben wurden zum Zwecke der Ergänzung des Standes der Bergämter (und auch der Bergsektion des Ministeriums für öffentliche Arbeiten) 19 Stellen, wobei, sei es eine juristische oder montanistische Qualifikation, verlangt wurde. Es meldeten sich 40 Bewerber, aber nur ein verschwindender Teil hatte außer Schulzeugnissen auch die Praxis, ohne welche offensichtlich der Dienst bei der Inspektionsabteilung undenkbar ist.

Der Ausbau der Inspektionsabteilung und der Bergbauinspektion überhaupt setzt an erster Stelle die Vollbesetzung der Revierbergämter voraus, und diese wird erst dann erreichbar sein, bis es möglich sein wird, den Abfluß in den Privatdienst zu sistieren und unter den hiefür qualifizierten Bewerbern ein neues Interesse für den administrativen Bergdienst zu erwecken.

Nach Beendigung der Erhebungen über die Ursachen des Grubenunglückes auf der Grube Gabriela in Karwin werde ich mir erlauben, dem Hohen Abgeordnetenhaus Bericht zu erstatten, auch über die Qualifikation der Sprengmittel.

Ein besonderes Gesetz zur Sicherung der Haftung der Bergwerksbesitzer für alle durch Nachlässigkeit und Unaufmerksamkeit ihrer Organe verschuldeten Unfälle ist nach meiner Meinung vorläufig nicht erforderlich, da, wenn eine Schuld des Unternehmens oder eine Nachlässigkeit seiner Organe festgestellt wird, neben der strafrechtlichen Verantwortung auch die Zivilhaftung eintritt.

Die Teilnahme der Inspektoren aus der Reihe der Bergleute erachte ich für zweckmäßig und wünschenswert, und dieser Standpunkt wird vom Ministeriumbei der Neuregelung der Gruberinspektion, die bereits in Vorbereitung ist, zur Geltung gebracht werden.

Im übrigen verweist der Minister auf seine gleichzeitige Antwort auf die Interpellation in Angelegenheit der Katastrophe auf der Grube Gabriela im Karwiner Revier.

Reichskonferenz der Bergarbeiter.

Gestern begann die auf zwei Tage festgesetzte Reichskonferenz der Bergarbeiter im „Lidovy Dum" in Prag. Vertreten waren 47 Vertreter der koalierten Bergarbeiterverbände und 19 Vertreter der Revierräte. Die Konferenz tagte unter dem Vorsitze der Vorsitzenden der koalierten Bergarbeiterverbände. Die Tagesordnung der Reichskonferenz besteht in Fragen der Taktik und in der Ausgestaltung der Koalition.

Vor Eingang in die Tagesordnung beschloß die Reichskonferenz nachstehende

Trauerkundgebung.

Tieferregt steht die Reichskonferenz unter dem Eindrucke der letzten furchtbaren Katastrophe, die sich auf der Grube Gabriele in Karwin ereignete. Die Konferenz spricht tiefbewegt ihr Leid über das traurige Los ihrer gefallenen Kameraden aus und versichert, die Hinterbliebenen ihrer aufrichtigen Teilnahme.

Die Konferenz konstatiert mit Bedauern, daß trotz aller vorhergehenden Beschlüsse die Berginspektion bisher nicht derart ausgebaut wurde, daß alles veranlaßt wird, was im Interesse des Schutzes der Bergarbeiterleben möglich ist und erwartet, daß mit Rücksicht auf die sich mehrenden Grubenkatastrophen der Ausbau der Berginspektion nicht mehr länger verzögert wird.

Die Reichskonferenz verlangt, daß Regierung und Unternehmer alles tun, um die Opfer der Unglücklichen vor der größten Not zu bewahren, sie verlangt ferner, daß die übrige Belegschaft des Gabrielaschachtes vor Schaden anläßlich der Katastrophe bewahrt bleibe, d. h., daß den Arbeitern unverzüglich andere Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden.

•

Die Referate zu dem ersten Punkt erstatteten die Genossen Brodik und Pohl. Die Debatte, an der sich die Mehrzahl der Delegierten beteiligte, dauerte bis in die späten Nachmittagsstunden und wird morgen fortgesetzt.

Kommunistische Arbeiter, denkt nach!

Gelbe Manieren der Aussiger „Internationale".

Den gelben und deutschnationalen Feinden der Sozialdemokratie war es bisher vorbehalten, ihre Argumente gegen die Sozialdemokratie dadurch zu fabrizieren, daß sie aus den Schriften und Artikeln sozialdemokratischer Theoretiker und Politiker Zitate zusammenhanglos herausrissen, die für sich einen ganz anderen Sinn ergeben, als es dann der Fall ist, wenn man die vorhergegangenen oder nachfolgenden Sätze liest. Damit konnten sie Dumme und Nichtkenner der sozialistischen Literatur verblüffen, solange nicht von berufener Seite der Schwindel aufgedeckt wurde. Diese Art des Kampfes war bisher unumstrittenes Eigentum der Gelben und des nationalen Bürgertums. Obwohl wir von den sogenannten Kommunisten manches gewöhnt sind und wiederholt feststellen mußten, daß sie ihren Kampf gegen uns in vielen Beziehungen ebenso hinterhältig und verlogen wie die Gelben führen, hätten wir von ihnen dennoch nicht erwartet, daß sie auch in der Fälschung und Entstellung von Zitaten den Gelben Gefolgschaft leisten würden.

Die Aussiger „Internationale" bringt dieses Kunststück in so formvollendeter Weise fertig, daß man, belehrte einen nicht der Kopf des Blattes eines anderen, vermeinen könnte, den Duxer „Tag" oder das „Nordböhm. Tagblatt" zu lesen.

In Nummer 87 vom Sonntag, den 13. ds. der „Internationale" schreit dem Leser die zweispaltige Ueberschrift „Sozialdemokratische Arbeiter denkt nach!" entgegen. Darunter folgt eine Reihe von Zitaten aus verschiedenen sozialistischen Blättern, die offenbar, zwar nicht auf sozialdemokratische, wohl aber auf indifferente Arbeiter als Bauernschreck wirken sollen. Wir greifen zwei davon heraus, die der „Metallarbeiterzeitung" vom 6. Oktober 1923 und 15. Dezember des gleichen Jahrganges entnommen, und wie gleich vorneweg gesagt werden muß, gefälscht sind. Das erste Zitat lautet:

„Metallarbeiterzeitung" vom 6. Oktober 1923: Kein Finanzgesetz vermag dem Warenbestand auch nur eine Brotkrume beizufügen. Das ist nur durch vermehrte Arbeit, durch Steigerung der Produktion möglich."

Durch die Wiedergabe dieses Satzes soll bei den Arbeitern der Eindruck hervorgerufen werden, die „Metallarbeiterzeitung" trete für vermehrte Arbeit, für Steigerung der Produktion auf Kosten der Arbeiter ein. Was damit aber gesagt werden soll, bzw. wie sich die „Metallarbeiterzeitung" dazu stellt, unterschlägt das ehrenwerte Blatt seinen Lesern. Der nächstfolgende Satz der „Metallarbeiterzeitung", den die „Internationale" unterschlägt, gibt darüber Aufschluß. Er lautet:

„Aber dafür ist unter den heutigen Zuständen die Aussicht verzweifelt gering. **Ehe die Arbeiter noch strenger schanzen, wollen sie wissen, zu wessen Nutzen es geschieht.** Für die Kapitalistenklasse, damit sich ihre Taschen noch mehr füllen, noch mehr Geld ins Ausland verschieben, noch reicher die reaktionären Umtriebe unterstützen, noch sicher ihre Macht befestigen kann? **Dazu ist die Arbeiterschaft unter keinen Umständen bereit.**

Diesen entscheidenden Nachsatz hat die „Internationale" unterschlagen. Es hält schwer, die richtige Bezeichnung für solche Methoden zu finden.

Das zweite Zitat in der „Internationale" lautet:

„Die Vertreter der Arbeiterschaft haben schweren Herzens der Verlängerung der Arbeitszeit ihre Zustimmung gegeben. Das sei notwendig gewesen; denn die Warendecke ist eben zu kurz."

Der erste dieser beiden Sätze befindet sich als zweiter Satz in einem Artikel der „Metallarbeiterzeitung", ist von der „Internationale" gefälscht und lautet richtig:

„Die Vertreter der Bergarbeiterschaft haben sich schweren Herzens entschließen müssen, hiezu (zur Verlängerung der Arbeitszeit d. R.) ihre Zustimmung zu geben."

Zwischen dem ersten und zweiten Satz stehen im Original nicht weniger als 40 Zeilen und dieser zweite Satz bezieht sich keineswegs auf den ersten, sondern ist der Nachsatz zu folgendem:

„In allem durch die Geldentwertung ausgesogenen Ländern folgt dem Niederbruch der Währung eine längere echte Teuerung auf der Grundlage von Goldmarkpreisen. Die Warendecke ist eben zu kurz."

Die Worte: „Das sei notwendig gewesen" finden sich im ganzen Artikel überhaupt nicht und sie ergeben sich auch mit Beziehung auf den ersten und zweiten der gefälscht zitierten Sätze nicht einmal als Schlußforderung; die hat sich die „Internationale" einfach aus den Fingern gesogen.

Aus diesen zwei Beispielen ersieht jedermann, wie das Kommunistenblatt „zitiert" und seine Leser belügt. Wir verschmähen es, auf die übrigen „Zitate" einzugehen, deren Wesen sich jeder nach dem Vorhergehenden vorstellen kann. Die ehrlichen Elemente der kommunistischen Partei werden sich ebenso wie unsere Genossen über solche Methoden ihr Urteil zu bilden wissen, wie wir es uns gebildet haben. Die „Internationale" und ihre Hintermänner mögen sich aber nicht wundern, wenn sie von wirklich denkenden Arbeitern in gleicher Weise wie die Gelben eingeschätzt und behandelt werden.

Was man so in ein paar Stunden sieht.

Bildungsarbeit in Westböhmen.

Von Michael Schacherl, Wien.

(Schluß.)

Von Karlsbad nach Neudek Kohlenschächte, Halden, schwarzer Qualm. Weiße Kaolinerde, ein Niederschlag des Meeres, das einst hier flutete und in dem sich die Schnecken und Muscheln tummelten, die jetzt als Versteinerungen hier gefunden werden, wird in großen Porzellanfabriken verarbeitet. Eben ist Schichtwechsel, in Scharen eilen sie heraus, meist junge Mädchen, die an der Drehscheibe oder als Porzellanmalerinnen oder sonst tätig sind, mit Einkaufstaschen und Milchkannen, in denen sie ihr Essen in die Fabrik brachten, auch junge Burschen, nur wenige erwachsene Männer. Weithin eingesunkenes Gebiet, Wasserlachen, schwarz von Ruß und noch fehlt das Grün der Wiesen und Felder, um den traurigen Eindruck zu mildern. Dann aber hinter Neu-Rohlau beginnt der Wald mit Fichten und Birken und weißen Schneeflecken. Ein Bach schäumt mit starkem Gefäll hinunter und voll Stolz ist auf Holzstoffabrik und Brettersäge aufgeschrieben: „Mit Wasserkraft." Ganz eng ist die Schlucht; aber plötzlich weitet sich das Bachbett, und überrascht sieht man da oben mitten im Eisenwerk einen stattlichen Ort mit einem großen Eisenwerk und einer Textilfabrik, die fast viertausend Arbeiter beschäftigen und gar zwei Kirchen, einer katholischen und einer evangelischen. Da gibt es noch in der nächsten Umgebung Spitzenklöpplerinnen, die ihr Augenlicht für kläglichen Lohn einbüßen, und noch schlechter bezahlte einzelne Heim-Knopfdrechsler. Wovon leben diese Menschen? Die einen hungern, die anderen bessern ihren Verdienst durch ihre geographischen Kenntnisse auf — die sächsische Grenze ist in der Nähe und die Stege und Wege darüber sind zu zahlreich, als daß die Zöllner die anderen armen Sünder alle überwachen könnte . . . Die ganze Gegend soll einst von sächsischen Bergarbeitern kolonisiert worden sein, die auf Blei- und Zinnerz schürften und das nahe Sachsen äußert sich in den flachsblonden Kindern — und hier gibt es noch viele, viele Kinder. In diesem Neudek ist eine sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit, und mit Stolz erzählt ein Vertrauensmann, daß sie heuer für Bildungswesen 15.000 (tschechische) Kronen ins Gemeindebudget eingestellt hat. Ein prächtiger Projektionsapparat steht für Lichtbildervorträge zur Verfügung, und so ist dieser Ort mitten im Erzgebirge ein Kulturzentrum für die ganze arme Umgebung.

•

Knapp vor Eger fährt der Zug an einem Friedhof vorüber, der durch die Gleichförmigkeit der Gräber auffällt. Eine Tafel gleicht der anderen — es sind Kriegsgefangene, die hier gestorben und begraben sind, wie militärisch „ausgerichtet". Soviel Tafeln, soviel Tragödien des Weltkrieges. Im Amtshause von Eger aber sind die Erinnerungen an den Krieg gesammelt, der Deutschland durch dreißig Jahre zum Tummelplatz der Söldnerheere der katholischen Habsburger und der protestantischen Fürsten und ihrer nicht minder beutegierigen ausländischen Gönner machte. Im Amtshause wurde i. J. 1634 Wallenstein, dem siegreichen Feldherrn, der Dank vom Hause Oesterreich in blutiger Münze bezahlt, er in dem Saale, das jetzt als Wallenstein-Zimmer gezeigt wird, seine Offiziere im Rittersaal oben in der alten Kaiserburg ermordet. Noch sind starke Ueberreste der Festungsmauern zu sehen, die einst die freie Reichsstadt umgürteten, und manche enge Gasse zeigt Alt-Eger, schmale Häuschen mit fränkischem Fachwerk und Erker, sehr romantisch von außen, aber schmutzig und sanitätswidrig, überfüllt von proletarischer Bevölkerung, die in engen Stuben zusammengepfercht ist. Dabei fehlt Eger die Industrie, es ist eine kleingewerbliche Stadt geblieben, und das Egertal, das man vom Turm der Kaiserburg lieblich ausgebreitet daliegen sieht, verstärkt durch seinen agrarischen Beitrag den bürgerlichen Charakter der Gegend. Um so höher ist es anzuschlagen, daß in dieser Stadt eine starke sozialdemokratische Parteiorganisation besteht, deren Hälfte die Frauen ausmachen, und daß bei einem Lichtbildervortrag fast vierhundert, die Hälfte wieder Frauen und Mädchen, erschienen, wie denn überhaupt ein reges Parteileben herrscht und tiefgehende Bildungsarbeit betrieben wird. Ueberhaupt kann über das Bildungswesen in Westböhmen nur Lob gesungen werden, und so schwierig sich jetzt der politische und wirtschaftliche Kampf der deutschen Sozialdemokraten gestalten mag, die Bildungsarbeit, welche die Vertrauensmänner und -Frauen und den denkenden Teil der Arbeiterschaft erfaßt, ist eine Bürgschaft für eine bessere Zukunft.

•

Strahlendes Sonnenlicht wirft die imposante Front der Fenster des Hradschin zurück, da ich über Prag zurückfahre. Die schlanken gotischen Türme des St. Veit-Domes, wo die Krönungskleinodien der böhmischen Könige hinter einer mit drei verschiedenen Schlössern verschlossenen Eisentür liegen, heben sich mit ihrem feinen Geäste vom Horizont ab und auf dem Dache des Hradschin flattert im Winde die Standarte des Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik. Masaryks Standarte — ins Tollhaus hätte man jeden gesteckt, der es für denkbar gehalten hätte, daß dieser schmächtige Mann, der im österreichischen Reichsrat der tschechischen Realistenpartei angehörte, aber wie ein deutscher Professor eines gründlich theoretischen Spezialfaches aussah, wirklich so realpolitisch zugreifen und die nationale Revolution vorbereiten würde! Nun, er hat bei der Befreiung seiner Nation mit Hand angelegt und genießt bei seinem Volke Ansehen. Die eiserne Tür in der Schatzkammer wird nie mehr zu einer Krönung geöffnet werden, es wird kein König mehr die Wenzelskrone tragen. Dafür bürgt der ausgesprochen politische Sinn des tschechischen Volkes, das sich in den Straßen um die Zeitungsverkäufer drängt, wenn die Blätter erschienen sind, und wobei viele zwei, drei verschiedene Zeitungen kaufen und lesen. Sind die ersten Flegeljahre der neuen nationalen Freiheit vorbei, wird das tschechische Bürgertum mit dem deutschen den Frieden schließen, den es schließen muß, weil auch sein Staat kein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat ist. Dann wird die Bahn für den Klassenkampf frei sein, der heute durch die Koalition der tschechischen Parteien verschleiert ist. Die deutschböhmische Arbeiterschaft bereitet sich durch die unermüdliche Schulung ihrer Männer und Frauen aufs beste für diese Zeit vor.

Telegramme.

Deutschland nimmt an.

Berlin, 15. April. (Wolff.) In Uebereinstimmung mit der Stellungnahme der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder hat heute der Reichskanzler beschlossen, die Anfrage der Reparationskommission über die Sachverständigengutachten bejahend zu beantworten.

Die Parteienvertreter beim Reichskanzler.

Berlin, 15. April. (Eigenbericht.) Der Reichskanzler empfing heute die Führer sämtlicher Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Kommunisten, um ihre Stellung zum Sachverständigengutachten zu erfahren. Die Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion und die der bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen billigten die Haltung der Reichsregierung, die bekanntlich der Reparationskommission schriftlich mitgeteilt hat, daß sie bereit ist, auf Grund des Sachverständigengutachtens mitzuarbeiten. Nur die Wortführer der Deutschnationalen erklärten, daß die jetzige Regierung in ihrer Zusammensetzung mit Rücksicht auf die Auflösung des Reichstages und die bevorstehenden Neuwahlen nicht befugt sei, in einer so wichtigen Angelegenheit eine Entscheidung zu treffen.

Der reaktionäre Justizminister tritt ab.

Berlin, 15. April. (Wolff.) Der Reichsminister für Justiz Dr. Emminger hat den Reichspräsidenten um Enthebung von seinem Posten gebeten. Der Reichspräsident hat dem Ersuchen entsprochen und gleichzeitig den Staatssekretär im Reichsjustizministerium Dr. Joel mit der Führung der Geschäfte dieses Ministeriums betraut.

Macdonalds Haltung zum Gutachten.

Vom ganzen Land gebilligt.

London, 15. April. In Erwiderung auf eine Anfrage Baldwins, ob die Regierung eine Erklärung über die Berichte der Sachverständigen abgeben könnte, sagte Macdonald im Unterhause: Die Regierung habe von der einmütigen Unterzeichnung der Berichte durch alle Sachverständigen mit größter Befriedigung Kenntnis genommen. Die Berichte stellten nach Ansicht der Regierung ein unparteiisches sorgfältig erwogenes Bemühen dar, den beteiligten Regierungen bei der Aufgabe zu helfen, eine Regelung dieses lange schwebenden Problems zustande zu bringen. Der praktische Wert und die Anwendbarkeit der Schlußfolgerungen der Sachverständigen hätten überdies dadurch eine schnelle bedingungslose Anerkennung gefunden, daß die Reparationskommission den Bericht einstimmig angenommen habe unter der Bedingung, daß die deutsche Regierung sich bereit erkläre, bei der Ausführung mitzuwirken. Die Regierung sei der Meinung, daß ein Punkt, der bessere Betonung verdiene, der sei, daß der Bericht ein unteilbares Ganzes bilde. Die Regierung messe den vereinbarten Empfehlungen, die sofort ausgeführt werden könnten, sehr hohe Bedeutung bei, daß sie bereit sei, den Plan in seiner Gesamtheit ihrerseits zu unterstützen, vorausgesetzt, daß alle anderen Parteien bereit seien, dasselbe Verfahren einzuschlagen.

Hierauf fragte Baldwin, ob der Premierminister wisse, daß er in der von ihm eingenommenen Haltung die einmütige Unterstützung des britischen Volkes haben werde. (Beifall.) — Macdonald erwiderte: Ich dachte mir, daß es so sein würde, aber ich bin Baldwin außerordentlich verpflichtet dafür, daß er dies jetzt ausgesprochen hat.

Die russisch-englische Konferenz.

London, 15. April. Die heutige Sitzung der englisch-russischen Konferenz dauerte von 3 bis 3.45 Uhr nachmittags. In dem amtlichen Berichte heißt es, die heutige Sitzung der Konferenz im Foreign Office, in der zuerst der Premierminister, später Ponsonby den Vorsitz führte, sei der Erörterung politischer und Verfahrensfragen gewidmet gewesen. Die Prüfung der Verträge, die zwischen Großbritannien und dem früheren russischen Reiche abgeschlossen worden waren, wurde einem Unterausschuß überwiesen. Die nächste Sitzung der Konferenz ist auf morgen Nachmittag 3 Uhr anberaumt.

Devisenkurse

Die tschechische Krone notiert in:

New York	100 Kč	. . . . .	Dollar 2.96.50
Zürich	100 „	. . . . .	Schweiz. Frank 16.65.00
Berlin	1 „	. . . . .	Mark 1250.00.000.000'00
Wien	1 „	. . . . .	österr. Kronen 2.113.00

Prager Kurse am 15. April.

	Ge	War
100 holl. Gulden . . .	1279'00	1285.00
1 Billion Mark . .	7.70'00	7.90'0
100 belg. Franks . .	181'25'0	182.75'00
100 schweiz. Frank .	600.50'00	603.50.00
1 Pfund Sterling .	147.92.50	149.32'50
100 Lire	154.05'00	156.45'00
1 Dollar	34.15'0	34.54'00
100 franz. Franks .	214.25'00	215.75'00
100 Dinar	42.95'00	43.45'00
10.000 magyar. Kronen	3.85'00	4'35'00
1.000.000 poln. Mark .	3.35'00	4.15'00
10.000 österr. Kronen .	4.85'75	5.05'75

Tages-Neuigkeiten.

Erdbeben in der Schweiz und in Südamerika.

Zürich, 15. April. (Schw. Dep. Ag.) Am Dienstag nachmittag um 2 Uhr war in der ganzen Schweiz ein starker Erdstoß fühlbar. In der Ortschaft Brig (Kanton Wallis), woselbst der Herd des Bebens liegen soll, wurden mehrere Häuser erheblich beschädigt. Seit dem Jahre 1881 kann man sich eines solchen Ereignisses nicht erinnern.

Paris, 15. April. Die Agence Havas meldet aus Santiago de Chile, daß dort gestern um 17.35 Uhr ein heftiges Erdbeben verspürt wurde. Weitere Einzelheiten über den Umfang des Bebens sind noch ausständig.

Das Brüsseler Observatorium verzeichnete gestern gegen 15.30 Uhr ein heftiges Beben, dessen Herd in einer Entfernung von 9600 Kilometer liegt. — Ebenso hat das Observatorium Faenza ein Beben in der Entfernung von 10.500 Kilometern verzeichnet. Die Bewegung der Seismographen dauerte über vier Stunden.

Paris, 15. April. (Havas.) Die Observatorien fast der ganzen Welt registrierten heute heftige Erdstöße. In Mailand wurden 50 Erdstöße verzeichnet, welche eine Panik unter der Bevölkerung hervorriefen. Die Seismographen von Dublin bewegten sich mehr als eine Stunde, diejenigen von West-Bromwich registrierten ein Erdbeben, welches angeblich größer sein soll als das letzte in Japan.

Wieder ein Fliegerabsturz bei Eger.

Karlsbad, 15. April. (Eigenbericht.) Heute vormittag um 11 Uhr ist zwischen Leinbruck und Scheibenreuth, kaum eine Stunde von Eger entfernt, ein Flugzeug der Egerer Militärflugzeugstation, welches sich auf dem Wege nach Pilsen befand, in Brand geraten. Dem Flugzeugführer, Oberleutnant Hesse, gelang es noch, mit dem lichterloh brennenden Apparat die Notlandung durchzuführen und dann herauszuspringen, so daß er unverletzt blieb. Das Flugzeug brannte vollständig zusammen. Die Landung erfolgte knapp neben der Straße nach Marienbad. Binnen sieben Wochen ist dies das vierte Flugzeug, das vollständig vernichtet wurde. Bei einer Bewertung von nur 150.000 Kronen pro Apparat hat der Staat bei dem Verluste dieser vier Flugzeuge einen Schaden von 600.000 Kronen erlitten.

Auswanderer als Opfer von Betrügern.

Ein der New Yorker Legislatur vorgelegter Bericht schreibt, daß Millionen von Einwanderern von dem Moment, da sie den Fuß auf amerikanischen Boden setzen, bis zum Grabe ausgebeutet werden. Dabei ist, so lesen wir in einem nordamerikanischen Bruderblatte, nicht die Rede von der allgemeinen Ausbeutung, der alle Arbeiter, ob eingewandert oder in Amerika geboren, ausgesetzt sind. Es handelt sich um jene besondere Ausbeutung, der ein land- und sprachenfremder Mensch in dem Lande der skrupellosesten Geldmacherei unterworfen wird. Der Bericht zeigt, daß solche Einwanderer das ständige Opfer von Schwindlern und Gaunern sind, die es auf ihre Ersparnisse abgesehen haben. Taxifahrer, Hotelangestellte, Arbeitsvermittlungs-Bureaus beschwindeln ihn gleich bei seiner Ankunft. Wenn er sich nach einiger Zeit etwas erspart hat und nun seine Verwandten herüber bringen will, wird er wieder von Schiffskarten-Agenten und „Bankiers" betrogen, denen er sein Geld zum Hinüberschicken anvertraut. Wenn er sich ein Häuschen kaufen will, bindet man ihm wertlosen Boden an, der oft sogar unter Wasser steht.

Durch geschickte Reklame wird er veranlaßt, sein Geld in wertlosen „Wert"papieren oder in fremder Valuta anzulegen, während diese sinkt, wobei der Agent seine Order gar nicht ausführt und wartet, bis sein Geld wertlos wird. Des weiteren wird vorgeschlagen, die „Notary Public", hinter der der Ausländer vielfach einen Gerichtsbeamten vermutet, ihres Titels zu berauben oder unter Bürgschaft zu stellen. Wozu allerdings bemerkt werden muß, daß damit dem Ausländer wenig geholfen ist, da er einen Anwalt haben muß, um Schadenersatz aus der notariellen Bürgschaft zu beanspruchen. Wenn der Ausländer irgendwo des Schutzes bedarf, so ist es vor einer gewissen Klasse von Advokaten. Die saugen ihn oft bis aufs Blut aus, ehe er erfährt, daß er das Gesetz gegen sich hat. Man hat darin überall im Lande die schlimmsten Erfahrungen gemacht. Gewöhnlich spricht ein solcher Gauner von Advokaten die Sprache des betreffenden Einwanderers, und als „Landsmann" findet er Vertrauen bei Ausländern (und auch bei solchen, die schon Bürger sind) und nimmt ihnen das Geld ab.

Quacksalber finden ebenfalls das Vertrauen von Eingewanderten, und ihr Geld, und wenn der Eingewanderte stirbt, muß seine Familie so ungeheure Begräbniskosten zahlen, daß darin alle seine Ersparnisse, seine ganze Versicherung, oft die ganze Erbschaft aufgeht.

Es wird deshalb ein Gesetz vorgeschlagen, daß nur autorisierte Banken, Telegraphen- und Schiffahrts-Gesellschaften das Recht haben sollen, für Kunden Geld nach dem Ausland zu übermitteln. Es ist festgestellt worden, daß Unter-Agenturen der Banken oft die Absendung des Geldes verzögern, um zu warten, bis die Valuta sinkt, um dann bedeutend kleinere Beträge in Dollar schicken zu können, als sie erhalten haben. Auch wurde die Abschaffung der schwindelhaften Arbeitsvermittlungs-Bureaus vorgeschlagen, wie es ja auch von der Internationalen Arbeits-Konferenz in 1919 empfohlen wurde. Es wurde auch verlangt, daß die Unfall-Entschädigungsgesetze dahin geändert werden, daß ausländische Arbeiter bei Unfällen nicht mehr wie bisher als Menschen zweiter Klasse behandelt werden, sondern dieselben Entschädigungen erhalten wie Amerikaner.

Der unblutige Krieg.

Ignotus in der „Glocke".

Noch sind die Wunden des großen Völkermordens nicht geschlossen und schon beschäftigt die Wissenschaft des Massentötens die Militärschriftsteller. Herrliche Zeiten wollen sie den Völkern bereiten. Zwar den Krieg als solchen betrachten sie als ein Lebensgesetz, indem sie, frei nach Darwin, den rohen und brutalen Kampf ums Dasein als die Quelle jedes Fortschrittes ansehen, aber sie sind „humaner" geworden, — sie wollen kein Blut ferner vergießen. Das Problem lautet: Auf welche Weise kann man den Feind mit dem möglichst geringen Kräfteaufwand niederwerfen? Antwort darauf gibt das unlängst erschienene Buch des englischen Oberst Fuker: The reformation of war (New York, Dutton & Co.). Den Militaristen der alten Schule, von der Art Bernhardis und Ludendorff werden die Haare zu Berge stehen, wenn sie sehen, wie der englische Oberst sie außer Dienst stellt; nicht nur sie, sondern auch die jetzigen Massenheere und die Flotte. Wurde der Krieg zuletzt „zweidimensional", auf und unter der Erde entschieden, so wird er zukünftig dreidimensional, von der Luft aus durch Gas entschieden werden. Dieser Gedanke ist nicht neu, aber mit solcher Offenherzigkeit wie Fuker, hat wohl noch keiner die Theorie verfochten, daß der Sieg in Zukunft demjenigen zufällt, der am schnellsten und rücksichtslosesten, ohne die veralteten Formen einer Kriegserklärung, ein Land mit Flugzeugen umschattet, die mit rasend wirkenden giftigen Gasbomben, vor allem die Zivilbevölkerung, Männer Frauen und Kinder, schmerzlos ausrotten und Städte und Dörfer in einen Trümmerhaufen verwandeln. Der Vergleich mit der zerstörenden Wirkung der veralteten Kanonen, Maschinengewehre, Minen usw. und der des Gases ergibt den zwingenden Schluß, welch ein Fortschritt in dieser neuen „Oekonomie des Militarismus" verborgen liegt. Von Marathon über die Marneschlacht zur „wissenschaftlichen Vertilgung" eines Volkes durch den „war scientist" — den wahren Kriegswirtschaftler — wer wollte da an Zweck und Ziel des Menschengeschlechtes noch zu zweifeln wagen?

Die brutale Gewalttheorie der traditionellen Kriege, sagt Fuker, gehört der Vergangenheit an. An ihre Stelle tritt der direkte Angriff auf die Quellen der militärischen Macht: Auf die Nerven und den Willen der Zivilbevölkerung! War der bisherige Krieg darauf gerichtet, das „Fleisch der Soldaten" zu vernichten, so muß die zukünftige auf schreckliche „moralische Effekte" eingestellt sein. So schreckliche, daß die davon betroffene Nation aus ihrem geistigen und moralischen Gleichgewicht geworfen wird. Dadurch wird die Regierung gezwungen, sich schnell ihrem Gegner zu unterwerfen. Die Mittel dazu bestehen in großen Gasangriffen auf die Nervenzentren des feindlichen Staates, auf London, Paris, New York, Berlin, wie jede andere Hauptstadt. Wegen der gegen die Zivilbevölkerung in erste Linie gestellte Attacke von 500 Luftschiffen, von denen jedes 500 Zehnpfundbomben mit sich führt, die in einer halben Stunde ganz London in eine Verzweiflungspanik stürzen, wird eine Beruhigungspille dosiert: auch im letzten Kriege war schon die Hälfte der Bevölkerung daran beteiligt. Zwischen der alten und der neuen Praxis besteht daher nur ein gradueller Unterschied. Aber dem unblutigem Massenmord eignen sich sehr praktische Vorzüge. Ein Toter redet nicht mehr; wenn er begraben ist, belästigt er die Ueberlebenden nicht, während ein Verwundeter um Hilfe schreit, Verwirrung erregt und mag er nun sterben oder geheilt werden — er bleibt eine militärische Last und ein Faktor der Demoralisation des Heeres.

Angenehme Aussichten. Wobei zu bemerken bleibt, daß, wenn am 4. Mai die Kriegspartei der Hergt und Wulle siegen sollte, solche Aussichten bald Wirklichkeit werden dürften.

Die Früchte der kostspieligen tschechoslowakischen Auslandspropaganda. Das Pariser Abendblatt „La Liberte" beschäftigt sich in einem langen Artikel mit dem Prozeß der Hilda Hanika. Auf dem Wege von Brünn, wo bekanntlich der Prozeß stattgefunden hatte, nach Paris, hat die Mordgeschichte nicht nur eine starke Umwandlung, sondern auch eine Bereicherung um viele Einzelheiten erfahren. So wird Hilda Hanika zu einem Mädchen gemacht, das einer der ersten Bürgerfamilien der Stadt Brünn entstammt und gleichzeitig zu einer der berühmtesten Schönheiten von „Böhmen". Weiter soll sie vom Gericht „zu der barbarischen Strafe verurteilt" worden sein, auf einem öffentlichen Platze Brünns aufgehängt zu werden. Lesenswerter aber ist, was die Pariser Zeitung ihren Lesern im Zusammenhang mit dem Mordprozeß über die Tschechoslowakei zu erzählen weiß. Für die Redaktion der „Liberte" ist die Tschechoslowakei, trotzdem sie mit der französischen Republik durch allerlei Verträge verschwistert ist, ein Land merkwürdiger Phantasieblüten. Das Blatt erzählt also: „Viele Jahrhunderte hindurch galt es als Tatsache, daß die Böhmen, und besonders die Böhminnen mit den Teufeln in besonderer Beziehung standen. Diese verstanden sich auf die Künste der Magie, auf das Prophezeien der Zukunft und bevorstehenden Unglückes, ja, sie wußten sogar, ihre Opfer auf mystische Art einem langsamen Tod zu weihen. Heute, da die moderne Wissenschaft alle Geheimnisse zu entschleiern weiß, muß man sich fragen, ob die „Bohemiens", dieses orientalische Volk, über dessen Herkunft nichts bekannt ist, nicht ganz einfach im Besitze der Künste der indischen Fakire sind, welche uns zuweilen noch heute verblüffen, und ob die „Bohemien" nicht die Abkömmlinge eines Stammes zweifelhafter Thaumaturgen sind, die aus ihrem Lande in fernen Zeiten verjagt worden sind, so fern, daß ihnen selbst die Erinnerung daran entschwunden ist."

Der Kommunistenprozeß in Brünn. Vor einem Senat des Landesstrafgerichtes in Brünn fand Montag die Verhandlung über die Klage gegen den Redakteur der „Rovnost" Vladislav Burian, den Sekretär der kommunistischen Partei Josef Stuchlik, den verantwortlichen Redakteur des Wochenblattes „Pravda", betreffend einen von Burian über das Attentat auf Minister Dr. Rašin für die „Pravda" geschriebenen und in derselben auch veröffentlichten Artikel sowie betreffend eine Rede Stuchliks und seine Tätigkeit beim Streik der landwirtschaftlichen Arbeiter, der voriges Jahr im Austerlitzer Bezirke ausgebrochen war, statt. Ueber diese Klage verhandelte bereits seinerzeit ein Senat des Landesgerichtes und erklärte sich für unzuständig. Durch Entscheidung des Obersten Gerichtshofes wurde jedoch die Klage auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik wieder an das Landesgericht zurückverwiesen. Die Montag-Verhandlung wurde entgegen den Einwendungen der Verteidiger für vertraulich erklärt. Darauf nominierten die Beschuldigten sechs anwesende Zeitungsberichterstatter als Vertrauensmänner. Gleich zu Beginn der Verhandlung erklärten die Verteidiger, daß sie den Senat ablehnen und nach einigen aufregenden Momenten, die sich aus den Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verteidigern und dem Senatsvorsitzenden, sowie zwischen den Verteidigern und dem Staatsanwalt ergaben, meldeten die Vertreter die Nichtigkeitsbeschwerde an. Verteidiger Dr. Stern wurde wegen eines von ihm gebrauchten Ausdruckes disziplinarisch mit einer Geldstrafe von 100 Kronen bestraft und von der Verteidigung ausgeschlossen. Als beim Verhöre einer Zeugin das Gericht auf Antrag des Staatsanwaltes dem Verteidiger verweigerte, eine Frage zu stellen, legten alle Verteidiger die Verteidigung nieder und verließen den Gerichtssaal. Mit ihnen gingen auch beide Angeklagten und die Vertrauensmänner bei dem Prozeß fort. Durch das hierauf gefällte Urteil wurde Burian zu vier Monaten strengen Arrest und Stuchlik zu acht Monaten einfachen Kerker, beide unbedingt verurteilt. Burian legte die Klage das Vergehen wegen Billigung des Attentats an Dr. Rašin zur Last. Stuchlik das gleiche Vergehen, das Verbrechen der Aufreizung zu strafbaren Handlungen, die Uebertretung der Verbreitung unwahrer Nachrichten und das Verbrechen öffentlicher Gewalttätigkeit.

Selbstmord eines Soldaten. Gestern nachmittags gab der Soldat Simunek vom Infanterie-Regiment Nr. 5, der der Wacheabteilung in Hostivitz bei Prag zugeteilt ist, in selbstmörderischer Absicht einen Schuß aus seinem Dienstgewehr gegen sich ab. Simunek erlag binnen wenigen Minuten seinen Verletzungen. Vor seinem Tode gab Simunek an, daß er die Tat aus Lebensüberdruß begangen habe.

Pfingstfahrt ins Riesengebirge. Wer rüstet nicht zu einer größeren Pfingstreise? Wohl niemand will die Pfingstfeiertage zu Hause, sondern draußen in der Natur verbringen. Wer deshalb mit den Pfingstfeiertagen den Urlaub verbinden will, dem ist günstige Gelegenheit zu einer Pfingstfahrt ins Riesengebirge durch sieben Tage gegeben. Die Organisation für Urlaubsreisen in Bodenbach hat eine Pfingstfahrt ausgearbeitet, die auch auserlesenem Geschmack Rechnung trägt und nur 300 K mit Einbezug aller Bahnfahrten, Uebernachtungen und Verpflegungskosten. Das Reiseprogramm sieht als Sammelstelle Bodenbach vor. Mit Sonderzug fahren die Teilnehmer am Pfingstsamstag 2 Uhr nachmittags nach Reichenberg. — Abends Vorstellung im Stadttheater. Uebernachtung. Pfingstsonntag Besteigung des Jeschken (ganztägiger Ausflug), abends Uebernachtung in Reichenberg. Pfingstmontag in den Morgenstunden Bahnfahrt nach Grünthal, Fußmarsch über Renwelt, Harrachsdorf, Baudenfall, Wossecker Bande, Schneegruben (2 Stunden Rast), aufs Hohe Rad, Große Sturmhaube, Peterbaude zur Spindlerbaude. Uebernachtung. Für gute Fußgänger und wanderlustige Teilnehmer kann an diesem Tage noch ein kleiner Abstecher nach dem nur 2½ Kilometer entfernten Spindelmühle erfolgen. Dienstag, den 10. Juni Wanderung von der Spindlerbaude zur Kleinen Sturmhaube, Mittagssteine, Prinz-Heinrichsbaude, Großer Teich, Kleiner Teich, Riesenbaude, Schneekoppe bis zur Wiesenbaude. Uebernachtung. Die Schneekoppe wurde für Nachmittag eingeschaltet. Mittwoch, den 11. Von der Wiesenbaude über Geiergucke, Fuchsbergbaude, Töpferbaude, Bohnwicksbauden, Schwarzschlagbaude, durch Klausengrund nach Johannisbad. Von dort nach Trautenau. Uebernachtung. Donnerstag, den 12. Bahnfahrt nach Weckelsdorf, Besichtigung der Felsen. In den Mittagsstunden zurück nach Nieder-Adersbach, wieder Felsenbesichtigung. Abends Rückfahrt nach Trautenau, Uebernachtung. Freitag, den 13. vormittags Besichtigung von Trautenaus historischen Höhen, Stadtpark, in den Mittagsstunden Heimfahrt. Wer Interesse an dieser prächtigen Pfingstfahrt hat, verlange sofort Prospekt von der Organisation für Urlaubsreisen in Bodenbach, Poststraße 813, gegen 1.50 K Rückporto. Der letzte Tag der Meldefrist ist der 10. Mai 1924.

Vom „ruhmreichsten" Heerführer der Deutschen. Aus dem „Bayrischen Courier" teilt die „Germania" folgende Gegenüberstellung mit, die in der Tat Ludendorffs Zuverlässigkeit aufs beste illustriert:

Ludendorff im Prozeß: Bericht über den Hitler Prozeß: 18. Verhandlungstag. „Münch. Neueste Nachr." Nr. 78 vom 19. März 1924. Staatsanwalt Ehrhardt: Ist Ihnen der Student Pleyer bekannt? — Ludendorff: Ich kenne ihn nur ganz flüchtig. — Vorsitzender: Billigen Sie dessen Standpunkt? — Ludendorff: Nein.

Ludendorff nach dem Prozeß: „Deutsche Akademische Stimmen" (4. Jahrgang, Folge 27 vom 5. April 1924, S. 6): Exzellenz Ludendorff sendet uns folgendes Schreiben: „Durch Zufall hörte ich soeben, daß man mich in Gegensatz zu einem Ihrer Mitarbeiter, Herrn Pleyer, zu bringen versucht. Herr Pleyer ist mir aus seinen Aufsätzen in den „Akademischen Stimmen" und in der „Deutschen Presse" wohlbekannt. Seine Stellungnahme und sein Wirken erscheint mir fruchtbringend, seine kerndeutsche Gesinnung ist vorbildlich. Ich wünschte, daß noch viele Deutsche sich seinen Gedankengängen anschließen würden. Vielleicht veröffentlichen Sie Nachstehendes! Mit deutschem Gruß Ludendorff.

Ein Kommentar zu dieser charakteristischen Gegenüberstellung erübrigt sich wohl vollkommen.

Zehn Goldmark, völkische Ehre und Fahnenspitze. In der „Vossischen Zeitung" berichtet ein Herr Gerhard Kieschke aus Grunewald über ein Erlebnis in einer Wählerversammlung in Charlottenburg folgendes: „Ich beobachtete lange Zeit einen Jüngling, der sich durch albernes Benehmen besonders hervortat. Als es zu einer Schlägerei kam, rief er fortgesetzt: „Er hat unsern Heerführer Ludendorff beleidigt." Ich sagte zu ihm: „Sie waren doch nie Soldat." „Jawohl, ich bin Kriegsteilnehmer" war die Antwort. Darauf ich: „Sie sind ein Lügner." Später kam er mit einem Schutzmann, verlangte meine Feststellung und legitimierte sich als ein Herr Hans Rosen, Assistent an der Technischen Hochschule, 24 Jahre alt, Kriegsteilnehmer, wohnhaft Leibnizstraße 17.

Am nächsten Tage rief bei mir ein angeblicher Rechtsanwalt Brandt an und erklärte: „Herr Rosen sei bereit, die Angelegenheit gütlich beizulegen, wenn ich den „Lügner" bedauernd schriftlich zurücknehme, gleichzeitig zehn Mark einsende, die er (der Rechtsanwalt) für seine Bemühungen beanspruche. Ich lehnte ab, worauf es hieß, Herr Rosen begnüge sich mit der Zurücknahme ohne ausdrückliches Bedauern unter Einsendung der zehn Mark. Am Sonnabend, den 5. April, bestellte mich ein mir Unbekannter in ein Kaffee, stellte sich als Angestellter der Technischen Hochschule vor und erzählte, daß dieser angebliche Rechtsanwalt Herr Rosen selbst gewesen sei. Herr Rosen sei Führer im Jungbismarckbund und als Leiter der skandalierenden Jungens in der Versammlung gewesen. Er habe dem Jungbismarckbund die Spitze zu einer Fahnenstange gestiftet, die an diesem Sonnabend übereicht werden solle, und die zehn Mark kostet." —Das ist eine saubere akademische Bildung, die dieser Rosen zeigt, mit einer Horde grüner Jungen gegnerische Versammlungen zu stören und dann von einem Teilnehmer, der seiner Erregung über solches bübisches Benehmen Ausdruck gibt, Geld zu erpressen. Jedenfalls ist es eine ganz neue Art von deutschvölkischer Wahlbetätigung, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen materielle Vorteile aus der eigenen Krawallmacherei zu ziehen. Höher geht es mit der politischen und moralischen Verlotterung schon nimmer.

Wenn alle untreu werden . . ., so bleiben sich die lieben Deutschnationalen selbst jenseits des Großen Ozeans treu. So erzählt zum Beispiel Max Lucke, ein deutschbürgerlicher Korrespondent in San Francisco, wie am goldenen Tor die „deutsche Einigkeit" sich austobt. Die Leute vom deutschen Bürgerbund (Nachfolger des dortigen Zweiges des Deutschen Nationalbundes) und die Leute von der Steuben-Gesellschaft in San Francisco werfen sich brüderlich gegenseitig Knüppel zwischen die deutschnationalen Beine. Darüber berichtet Herr Lucke das Folgende: „Im letzten Oktober erwarb dieser Bürgerbund sich großen Ruhm, denn er veranstaltete wohl die größte „Deutscher-Tag"-Feier, welche jemals gefeiert wurde. Es scheint nun, als ob dieser Ruhm verschiedene Mitglieder des Steuben Units nicht hat schlafen lassen, denn als man in Bürgerbundkreisen davon sprach, in diesem Jahr eine noch größere Feier zu veranstalten, eine Feier, die vielleicht mehrere Tage währen sollte, ging man flugs zum Auditorium und belegte den einzigen noch freien Sonntag für eine Steuben-Festlichkeit im September. Daraufhin mietete der Bürgerbund den Shell Mound Park und beschloß, den diesjährigen „German Day" am 5. Oktober abzuhalten. Nun hat der Bürgerbund etwas Geld, die Steuben-Gesellschaft aber nicht so viel, um Vorbereitungen für eine Feier zu treffen. Die Spaltung ist da, das ist sicher. Nun werden aber verzweifelte Anstrengungen gemacht, den Abgrund auszufüllen. Allerhand Versammlungen haben bereits stattgefunden, aber der Bürgerbund hat nur erklärt, daß er das Fest der Steuben-Gesellschaft moralisch unterstützen würde, jedoch darauf aufmerksam machen müsse, daß keine andere (!) Vereinigung das Recht habe, ein Fest zu veranstalten, welches als „Deutscher Tag"-Feier resp. „German Day" bezeichnet werde. Das Klassischste kommt noch. Zwischen den Hermannssöhnen und Rotmännern besteht eine Art Allianz, und beide Orden, die sehr stark vertreten sind (an 4000 Mitglieder) haben ein Komitee gebildet, welches Propaganda-Komitee getauft worden ist. Dies Komitee — obwohl die Herrmannssöhne gar nicht zum Bürgerbund gehören — lud nun kürzlich den Bund und auch die Steuben-Gesellschaft ein, womöglich die Friedenspfeife zu schmauchen. Beide Organisationen waren durch fünf resp. sieben Mann vertreten, aber das Propaganda-Komitee, 4000 Logenbrüder repräsentierend, glänzte durch sage und schreibe vier Mann. Die Leute ödeten sich an, sagten sich gegenseitig fade Schmeicheleien und gingen später mit dem Bewußtsein auseinander, daß sie sich einen sonst ganz schönen Abend versaut hatten." — Wie man sieht, haben Herr Piffle und Herr Meier (nur mit „ei") auch jenseits des großen Teiches nicht vergessen, daß sie ihrem Deutschnationalismus zumindest Vereinsezelei schuldig sind.

Die Rechtsverschlechterung in Deutschland. Die Besorgnis vor der drohenden Rechtsverschlechterung in Deutschland infolge der Notverordnungen über die Justizorganisation ist neuerdings auch aus hochstehenden richterlichen Kreisen vernehmlich zum Ausdruck gekommen. Der Präsident des Reichsgerichts Dr. Simons hat in der „Deutschen Juristenzeitung" einen Artikel veröffentlicht, in dem er den Warnruf ausstößt, daß das Reichsgericht in Gefahr sei, da der Abbau auch vor dem höchsten Gerichtshof nicht Halt mache und es um eine große Zahl seiner tüchtigsten und arbeitsfreudigsten Mitglieder gebracht habe. Und in gleichem Sinne bekämpft Reichsgerichtsrat Rosenberg die Beseitigung der deutschen Rechtseinheit durch die Aufhebung der Zuständigkeit des Reichsgerichts für zahlreiche Gebiete, wobei das Uebel noch dadurch größer wird, daß es zum Teil in die Hand des Staatsanwalts gelegt wird, ob Oberlandesgericht oder Reichsgericht Revisionsinstanz sein soll; das kann auch zu politisch bedenklichen Konsequenzen führen und wird auf jeden Fall eine große Verschiedenheit höchstrichterlicher Rechtsentscheidungen über dieselben Gegenstände und damit vollständige Rechtsunsicherheit zur Folge haben. Reichsgerichtsrat Rosenberg fordert deshalb, daß mit dem System der Verordnung vollständig gebrochen werde, wenn man es nicht zu einer Verödung des Reichsgerichts treiben wolle. Diese autoritativen Stimmen bestätigen, so bemerkt die „Frankf. Ztg.", daß die „Justizreform" mit bedauerlichem Unbedacht ins Werk gesetzt worden ist. Das Schlimme ist, daß der Abbau dieses Justizabbaus wiederum große praktische Schwierigkeiten machen wird, nachdem nun in so übereilter Weise die ganze Justizorganisation umgestellt worden ist. Aber diese Schwierigkeiten dürfen nicht davon abhalten, so bald als möglich die gemachten Fehler wiedergutzumachen.

Sechs Opfer einer Schlagwetterkatastrophe. Auf der Zeche Wiendahlsbank in Krukel bei Dortmund erfolgte eine schwere Schlagwetter-Explosion, wobei vier Bergleute getötet wurden. Daraufhin wurde die Rettungsmannschaft alarmiert. Bei den Rettungsarbeiten fanden noch zwei Steiger der Rettungsmannschaften den Tod. Die Untersuchung über die Explosion ist noch nicht abgeschlossen.

Aus der internationalen sozialistischen Studentenbewegung. Die Universität Sofia war im vorigen Monat der Schauplatz stürmischer Ereignisse. Die Regierung Stambulijski hatte im Jahre 1922 den Studenten und Professoren das Koalitionsrecht entzogen und die Studiengebühren beträchtlich erhöht. Gegen diese Maßnahmen, die in der studenten- und akademikerfeindlichen Politik Stambulijskis begründet waren, wendeten sich alle Studenten und Professoren. Als nach dem Sturze Stambulijskis der Universitätsprofessor Zankoff Ministerpräsident wurde, hofften die bulgarischen Studenten, daß ihnen ihre alten Rechte wiedergegeben würden. Aber der Ministerpräsident des weißen Terrors weigerte sich, das zu erfüllen, wofür er selbst früher gekämpft hatte. Er lehnte das Memorandum, das die Studentenschaft verfaßt hatte, ab und kündigte gegen die Studenten scharfe Maßnahmen an. Die Studenten beschlossen nun, durch einen zweitägigen Streik die Erfüllung ihrer Forderungen durchzusetzen. Am 13. März fand in der Universität eine Vollversammlung der Studenten statt, die einstimmig den Streik beschloß. Die Anhänger Zankoffs, zum größten Teil Nichtstudenten, versuchten die Universität zu stürmen und schossen in die versammelten Studenten. Anstatt die Angegriffenen zu schützen, unterstützte die Polizei die reaktionäre Garde Zankoffs und verhaftete einige der angegriffenen Studenten. An dem Proteststreik beteiligten sich mit Ausnahme von 20 Streikbrechern alle Studenten, weit über 2000. Während des Streiks veranstalteten die Studenten eine Kundgebung, die von der Polizei auseinandergejagt wurde. Die Polizei ging gegen die Studenten los und verletzte einige. Nach dem Proteststreik wurden die Vorlesungen wieder aufgenommen. Um sich an den Studenten zu rächen, hat Zankoff angeordnet, daß den armen Studenten die Stipendien entzogen werden und hat schwarze Listen anlegen lassen, um auch später gegen die Führer der Studenten vorgehen zu können. Die Ereignisse haben zur Folge gehabt, daß die Studenten, die bis vor kurzem noch im Lager der bürgerlichen Demokratie standen, nunmehr in ihrer überwiegenden Mehrheit zu den Sozialisten übergegangen sind.

Die Verurteilten von Kiew lehnen Poincares Einmischung ab. Die Gruppe der im Kiewer Prozesse Verurteilten hat in der Presse folgende Erklärung veröffentlicht: Nachdem wir von dem Telegramm Poincares Kenntnis erhalten haben, in welchem er die Forderung erhob, daß einigen von uns die Strafe herabgesetzt werden soll, protestieren wir gegen eine derartige Einmischung einer fremden Regierung in Angelegenheiten der Sowjetrepublik. Unser Gerichtsverfahren ist eine innere Angelegenheit Sowjetrußlands und wir erwarten deshalb eine endgültige Gestaltung unseres Schicksals von den höchsten Organen unserer Republik. Unterfertigt sind 14 Verurteilte. Die Durchführung des Urteils im Kiewer Prozeß (Erschießung von vier Angeklagten) ist bis zur Prüfung der überreichten Gnadengesuche eingestellt worden. Das gerichtliche Material wird dem Oberstaatsanwalt der ukrainischen Sowjets in Charkow übergeben werden. In Kiew, Jekaterinoslaw und Odessa fanden Protestkundgebungen gegen die Einmischung der französischen Regierung in Sowjetangelegenheiten anläßlich des Kiewer Prozesses statt.

Bombenanschlag gegen den Bürgermeister von Luxemburg. Einer Blättermeldung aus Luxemburg (der Hauptstandt von Luxemburg) zufolge wurde Montag vor der Wohnung des Bürgermeisters von Luxemburg, Diderich, eine Bombe zur Explosion gebracht, die das Gebäude beschädigte, aber niemanden verletzte. Es wird angenommen, daß der Anschlag von Kommunisten (?) verübt worden ist.

Die Sperrstunde in Wien. In Wien steht für die Zeit ab 16. April eine gründliche Reform der polizeilichen Sperrstunde bevor, und zwar dürfte die generelle Sperrstunde für sämtliche Kaffeehäuser auf 2 Uhr nachts, für die Gasthäuser auf 1 Uhr nachts um eine Stunde verlängert werden. Dazu dürfen aber ohne besondere Umstände Einzellizenzen erteilt werden, die das Offenhalten bis 4 Uhr früh für jedes Lokal dreimal wöchentlich beinhalten. Eine weitere Begünstigung betrifft in der nächsten Nähe von Märkten, Bahnhöfen, Straßenbahnhöfen und größeren Gewerbebetrieben mit Nachtbetrieb, z. B. Druckereien, gelegenen Gast- und Kaffeehäusern, denen auf Ersuchen gestattet werden muß, ihre Betriebe um eine oder zwei Stunden vor der ortsüblichen Aufsperrstunde (6 Uhr früh) zu öffnen.

Raubmordversuch an einem Chauffeur. Im Herbst wurde in Budapest an einem Chauffeur ein Raubmordversuch verübt, indem ein junger Mann ihn veranlaßte, mit dem Automobil in die verlassenen Gegenden der Ofener Berge zu fahren, ihn dort durch einen Revolverschuß verletzte und beraubte. Der Chauffeur hatte noch so viel Kraft, den Wagen bis zum nächsten Polizeiposten zu führen. Vorgestern wurde der Täter ausgeforscht und verhaftet. Es ist der 20jährige Oskar Pelikan aus Gyöngyös, der einer bürgerlichen Familie angehört. Er war am Tage seiner Verhaftung bei einem Budapester Polizeirat zu Gast geladen. Er hat bereits ein Geständnis abgelegt.

Gerichtssaal.

Unterschlagene Steuergelder.

In der Tschechoslowakei ist es notwendig, daß derjenige, der ins Ausland eine Reise unternehmen will, zur Erlangung eines Passes vorher den Nachweis erbringen muß, daß er alle Steuern bezahlt hat. Bei vielen happert es in dieser Sache und es wird immer erst im letzten Moment bezahlt. Dabei kommt es öfter vor, daß die Parteien in ihrer Unkenntnis an Leute die rückständigen Steuern bezahlen, die sie für sich behalten. Ein solcher Steuer-„Hinterzieher" hatte sich vorige Woche wegen Betrugs vor dem Richtersenat des Kreisgerichtes in Troppau zu verantworten. Der 21 Jahre alte Bohumil Morawetz aus Freiheitsau war am Steueramt in Hultschin als Kanzleigehilfe beschäftigt. In dieser Eigenschaft hat er mehreren Leuten, die zu ihm gekommen waren, um Auskunft über rückständige Steuern zu erhalten, das Geld herausgelockt, indem er erklärte, man könne das rückständige Geld auch bei ihm erlegen. Und viele Leute fielen auf seinen Schwindel auch hinein. Er stellte ihnen zwar eine Quittung aus, verspielte aber das Geld im Wirtshaus. Wegen dieser Betrügereien und Unterschlagungen hatte sich der Angeklagte schon früher einmal zu verantworten und wurde zu einem halben Jahr Kerkers verurteilt. Es kamen aber noch immer neue Fälle an den Tag, so daß sich das Kreisgericht neuerlich mit dieser Sache beschäftigen mußte. Drei Fälle mit einer Schadenssumme von 300 K wurden dem Morawetz neuerlich nachgewiesen, doch scheint der Mann gut angeschrieben zu sein. Er wurde zwar wieder zu einem Monat Kerker verurteilt, jedoch wie im ersten Falle bedingt auf drei Jahre.

Ein verunglücktes Schiebergeschäft.

In Dezember 1922 sandte die Firma W. Arm aus M.-Ostrau zwei Lastautomobile mit Pneumatik, Schläuchen, Vollgummireifen für Lastautos und anderen Autoartikeln nach Haatsch, das zu jener Zeit noch zu Deutschland gehörte. Die Firma wußte, daß dieser Ort in kurzer Zeit an die Tschechoslowakei fallen werde und wollte durch die Deponierung der Waren in Haatsch sich die Zollgebühren ersparen. Die Waren waren kurz vorher aus Amerika eingetroffen. Bewohner von Haatsch bemerkten, wie die Gummiwaren abgeladen wurden und dachten, daß es sich hier um ein Schiebergeschäft handelt. Als die Waren beim Grundbesitzer Popelek in Haatsch in der Scheune eingelagert waren, wurde in der nächsten Nacht die Scheune erbrochen und ein Großteil der Ware entwendet. Der Besitzer dieser Waren machte sofort nach Bekanntwerden des Diebstahles die Anzeige bei der Gendarmerie, welche sofort die Nachforschungen nach den Dieben einleitete. Im Laufe der Zeit — inzwischen wurde Haatsch an die Tschechoslowakei abgetreten — wurden Leo Platzek, Ferdinand Bortlik, Julius Schuller, K. Dombrovsky als die Täter ausgeforscht, welche sich nun wegen Diebstahls zu verantworten hatten. Die Diebe hatten die entwendeten Sachen bereits zum großen Teile zu einem Spottpreis verkauft. Zu ihrer Verantwortung gaben sie an, deutsche Gendarmen und Finanzer hätten sie aufgefordert, sich die Hälfte von den Sachen aus der Scheune zu nehmen. Die Angeklagten verkauften z. B. eine komplette Autobereifung, die zu jener Zeit noch 5000 bis 6000 K kostete, für 600 K. Einem anderen brannte seine Scheune ab, in der sich gleichfalls gestohlene Gummisachen befanden, die die Feuerwehr unter den Kartoffeln fand. Darunter befanden sich drei Vollgummireifen im Gewichte von 210 Kilo. Schuller und Dombrovsky wiederum behaupteten, sie haben die Reifen im Mühlgraben gefunden, die sie sich nur aufbewahrten, um dafür den Finderlohn zu erhalten. Bei ihrer Einvernahme verrieten sie die Geschäftsleute, denen sie die gestohlenen Sachen verkauften. Auch diese wurden wegen Diebstahlsteilnahme angeklagt.

In Haatsch hatte sich die ganze Diebsgeschichte herumgesprochen. Der Ortsvorsteher forderte die Leute auf, die entwendeten Sachen bei der Gendarmerie abzuliefern. Es befolgte aber niemand diese Aufforderung, alle verkauften vielmehr fleißig die Waren weiter. Die damit handelten, waren Robert Fulnicek, bei dem in der Scheune und in der Erde vergraben noch vier Vollgummireifen vorgefunden wurden, Theodor Kupka, Rudolf Dudek, Oswald Billig und der Kaufmann Paul Florian aus Ratibor, der die meisten Sachen aufkaufte. Der Fulnicek kaufte ein für 600 K und verdiente beim Weiterverkauf 2400 K. Die Firma W. Arm erlitt durch den Diebstahl einen Schaden von 180.000 K.

Der Gerichtshof verurteilte Julius Schuller, Leo Platzek, Josef Tilecek und Karl Popelka zu je vier Monaten; Franz Platzek, Ferdinand Bortlik zu drei Monaten Kerker, bedingt auf drei Jahre. Dombrovsky wurde freigesprochen. Wegen Diebstahlsteilnahme erhielten Robert Fulnicek, Alois Billig vier Monate; Paul Florian fünf Monate; Theodor Kupka, Rudolf Dudek, Oswald Billig, Alois Halfar je zwei Monate Kerker, bedingt auf drei Jahre. Leopold Langer erhielt wegen Ankauf von verdächtigen Waren fünf Tage Arrest unbedingt. Sämtliche Angeklagte wurden ferner verpflichtet, den bei der Verschleuderung der Waren erzielten Nutzen dem Eigentümer zurückzuzahlen. Mit den übrigen Schadenersatzansprüchen wurde der Geschädigte auf den Zivilrechtsweg verwiesen.

Finanzwachleute, die wildern und stehlen gehen.

Der Fürst Lychnowski besitzt im Hultschiner Ländchen mehrere Güter mit den dazu gehörenden Wäldern. Am 7. Dezember v. J. entdeckte ein Revierorgan des Lychnowski an der deutschen Grenze ein unter Reisig verstecktes totes Reh. Der Förster erstattete beim Forstverwalter die Anzeige, der an die betreffende Stelle zwei Organe entsandte, die sich auf die Lauer legten. Nach 10 Uhr abends näherten sich dem Verstecke zwei Männer, die sofort, als sie angerufen wurden, das Weite suchten. Die Gendarmerie setzte sofort mit Nachforschungen ein und stellte fest, daß die zwei niemand anderer als der Finanzwachtmeister Vaclav Henesch und Alois Brandersky waren, beide in Kuchelna stationiert. Henesch gab bei der Gendarmerie an, daß er, als er auf Posten stand, sah, wie vor einem reichsdeutschen Finanzer ein angeschossenes Reh auf die tschechische Seite flüchtete. Aus Erbarmen für das verwundete Tier habe er es dann erschossen, mit Reisig bedeckt und wollte es sich am Abend für die Postenküche holen. Bei Gericht sagte Henesch wieder anders aus: Aus Furcht, gegen die Dienstvorschriften gehandelt zu haben, wollte er das Reh nur vergraben. Seinen Kollegen nahm er mit, aber er wußte nicht, daß es sich um ein erschossenes Reh handelte. Henesch, der früher Knecht war, wurde vor mehr als zehn Jahren zweimal wegen Diebstahls bestraft. Deshalb schenkte der Gerichtshof seinen Aussagen auch keinen Glauben und verurteilte ihn wegen versuchten Diebstahls zu zwei Monaten schweren Kerker unbedingt. Brandersky wurde freigesprochen.

Ein wucherischer Gesuchschreiber.

Schon im alten Deutschland gehörte das Hultschiner Ländchen zu den finstersten Winkeln, wo die Leute nur nach dem Grundsatze „Bete und arbeite", der ihnen fast alle Tage vom Pfarrer zugerufen wurde, lebten. Das kulturelle Leben der Hultschiner Bevölkerung steht deshalb auf keiner hohen Stufe. Es ist daher auch kein Wunder, wenn sich die Leute in vielen Sachen nicht auskennen und Spitzbuben aufsitzen. Beim Kreisgerichte in Troppau war früher einmal Franz Behal als Kanzleikraft tätig. In Bolatitz wollte ein gewisser Stuchlik ein Gewerbe anmelden, verstand aber nicht recht, wie er sein Gesuch der Behörde schreiben sollte.. Behal, der mit der Feder besser umzugehen versteht, erlangte davon Kenntnis und erbot sich dem Stuchlik, das Gesuch zu schreiben, schwatzte ihm außerdem noch vor, daß er bei Gericht sei und Einfluß nehmen könne, damit das Gesuch sofort erledigt werde. Behal lockte dem Stuchlik, als dieser mit allem einverstanden war, 150 K für Stempel heraus. Das Geld war Stuchlik los, das Gesuch soll aber heute noch erledigt werden. — Ein Grundbesitzer sollte eine Geldstrafe erlegen und diesem erklärte sich Behal bereit, ein fünf Bogen umfassendes Gesuch zu schreiben, damit ihm die Strafe ermäßigt werde. Er verlangte für diese Gefälligkeit 180 K für Stempel. Kurze Zeit darauf kam B. wieder zu dem bestraften Grundbesitzer und sagte ihm, er müsse das Gesuch noch einmal schreiben und borgte sich bei dieser Gelegenheit gleich noch 300 K aus.

Behal wurde wegen Betrug angezeigt und zu zwei Monaten Kerker bedingt auf zwei Jahre verurteilt.

Volkswirtschaft.

Das Chaos der Finanzverwaltung.

Eines der traurigsten Kapitel der tschechoslowakischen Staatsverwaltung ist die staatliche Finanzgebarung. Ein großer Militärapparat und eine kostspielige auswärtige Vertretung belasten die Steuerträger in ganz gewaltiger Weise. Aber nicht alle gleichmäßig! Vor allem sind es Arbeiter und Angestellte, denen ihre Einkommensteuer — beginnend mit einen Einkommen von 3000 K jährlich (entsprechend 600 Friedenskronen, während vor dem Kriege ein Einkommen bis 1600 K von der Einkommensteuer befreit war) — gleich vom Dienstgeber abgezogen wird und die die indirekten Steuern wie Umsatzsteuer, Kohlensteuer, Transportsteuer, Fleischsteuer usw. beim Einkaufe, der für die nackte Lebenshaltung erforderlichen Waren sofort bezahlen müssen. Die anderen Klassen der Bevölkerung zahlen die öffentlichen Abgaben erst nach Jahren — weil die Finanzbehörden, teils infolge der ungeheuren Vermehrung der Agenda, teils infolge Mangels an Kräften (der Stand an Konzeptkräften ist in den historischen Ländern auf etwa vierfünftel, in der Slowakei auf die Hälfte des systemisierten Standes herabgesunken) mit der Vorschreibung auf Jahre hinaus im Rückstande sind. So waren Ende 1923 bloß in Böhmen (nach der Zusammenstellung in den „Zpravy vyboru spolku cestych financnich konceptnich uredniku") 52.671 der Hauszins- und Hausklassensteuer unterliegende Häuser für 1923 nicht veranlagt, 5287 nicht für 1922, 2330 nicht für 1921, bei der Bemessung der Rentensteuer betrug die Zahl der unerledigten Fassionen, 43.177 aus dem Jahre 1921, 24.896 aus dem Jahre 1922 und 25.240 aus dem Jahre 1923, zusammen 93,313, bei der allgemeinen Erwerbsteuer waren nicht veranlagt für 1921 27.340 Steuerträger, für 1922 39.264, für 1923 64.068, zusammen 130.672, bei der besonderen Erwerbsteuer 3864 Unternehmungen für 1921, 3731 für 1922, 5069 für 1923, zusammen 12.064, bei der Einkommensteuer für 1921 883.985, für 1922 645,444, für 1923 703.580 Steuerträger, zusammen 2,232.939; bei der Umsatzsteuer 37.573 für 1921, 427.548 für 1922 und 648.975 für 1923, zusammen 1,114.046; bei der Luxussteuer 3115 für 1921, 10.603 für 1922 und 12.500 für 1923. Bei der Kriegsgewinnsteuer, die bloß bis zum Jahre 1921 in Geltung stand, waren 22.108 Bekenntnisse der Einzelpersonen und 1875 der Gesellschaften noch nicht erledigt.

Ganz gewaltig sind auch die Rückstände bei den Gebührenbemessungsämtern und bei den Gebührenabteilungen der Finanzbezirksdirektionen; insgesamt in Böhmen bei den leitenden Finanzbehörden erster Instanz 145.162 Stück, hievon 86.220 Gebührenakte, einschließlich der von den Steuerämtern noch nicht vorgelegten weit über 100.000 mit einem zu gewärtigenden Ergebnis von über einer Milliarde Kronen.

Insgesamt betrugen die Bemessungsrückstände bloß in Böhmen Ende 1923 dreieinhalb Milliarden Kronen und dürften sich allem Anscheine nach, seit dem noch beträchtlich vermehrt haben. Mit den Rückständen in Mähren, Schlesien und der Slowakei, in welch letzterem Gebiete die Steueragenda noch weit mehr vernachlässigt ist, kann man mit einem Abgang von fünf Milliarden rechnen. Abgesehen davon, daß es unmöglich ist, diese rückständigen Abgaben alle noch richtig zu bemessen — es ist klar, daß nach drei Jahren der Wert von Vermögensobjekten oder das Einkommen, namentlich dort, wo es weder Handelsbücher noch sonstige Unterlagen gibt, nicht einmal halbwegs richtig festzustellen ist, und daß die längere Zeit bis zur Bemessung verstreicht, diese sich immer mehr von der Wirklichkeit entfernt — erleidet der Staat, arleiden aber auch aus den oben angeführten Gründen, vor allem die Angestellten und Arbeiterschaft — dadurch einen unermeßlichen Schaden, daß die Staatsverwaltung gezwungen ist, zur Deckung des Abganges Anleihen gegen mindestens sechs bis sieben Prozent Verzinsung aufnehmen, wodurch das Defizit jährlich um Hunderte von Millionen wächst. Hiezu kommt noch, daß durch verspätete Vorschreibung Hunderte Millionen an Abgaben uneinbringlich werden.

Diese Mißstände schreien förmlich nach Abhilfe, die nur durch vermehrte Arbeitsleistung der Finanzbeamtenschaft aller Kategorien zu erzielen ist. Durch strenge Weisungen seitens des Finanzministeriums und der Finanzlandesbehörden wurde die Arbeitsleistung zwar schon bedeutend gegenüber der Vorkriegszeit erhöht, doch ist der Erfolg noch immer ein gänzlich unbefriedigender. Man darf eben nicht vergessen, daß die kärgliche Besoldung die Finanzbeamten teilweise zwingt, sich in der freien Zeit eine Nebenbeschäftigung zu suchen, teilweise vermürbt und verbittert, so daß sie teils ihre Arbeitskraft nicht ganz dem Staate zur Verfügung stellen können, teilweise aber auch an ihrer Arbeits- und Schaffensfreude stark beeinträchtigt werden. Das Finanzministerium hat zwar versucht, durch Ueberstundenremunerationen den Arbeitseifer anzustacheln, diese sind aber so gering (in manchen Fällen, namentlich bei den jüngeren, wenn auch voll eingearbeiteten Konzepts- und Steuerbeamten eine Krone für eine Stunde), daß dadurch die Ambition keineswegs gefördert wird. Trotzdem haben eine Reihe von sehr tüchtigen Finanzbeamten, aus übermenschlichem Pflichtgefühl, ihre Arbeit Tag und Nacht neu geleistet.

Eine wirkliche Besserung dieser unhaltbaren Zustände kann nur dadurch erzielt werden, daß die Bezüge der Finanz-Konzeptsbeamten und der Steuerbeamten derart erhöht werden, daß sie sich ihrer Tätigkeit voll widmen können, und daß weiter für intensive Arbeit in und außerhalb der Amtszeit wirklich einsprechende Remunerationen gewährt werden. Geschieht dies nicht, wird die bisherige staatliche Besoldungspolitik gegenüber der Intelligenz des Finanzdienstes weiter fortgesetzt, dann werden binnen wenigen Jahren alle tüchtigen Elemente aus dem Finanzkonzeptsdienst verschwunden sein, und die Steuerlast wird um so ärger auf den Arbeitern und Angestellten lasten, je weniger die Beamtenschaft imstande sein wird, den Steuerhinterziehungen der großen Steuerträger wirksam entgegenzutreten. r. l.

Ueber die Arbeitsvermittlung im zweiten Halbjahr 1923 enthält ausführliche Daten die soeben erschienene Nr. 27 der Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes. Die Anzahl der Bewerber, welche seit Jänner während des ganzen ersten Halbjahres ständig sank (von 413.447 auf 282.889), sinkt im zweiten Halbjahre weiter und zwar von 259.426 im Juli auf 223.804 im Dezember. Die vorübergehende bedeutendere Zunahme im September (270.007) erklärt sich hauptsächlich durch die Beendigung der landwirtschaftlichen Sommersaisonarbeiten und durch die erhöhte Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitern für Hopfenbau und Rübenbauarbeiten. Die Anzahl der angemeldeten Stellen, welche in dem letzten Monate des ersten Halbjahres 79.684 Personen betrug, blieb im Juli und August fast auf derselben Höhe (76.789, 76.627), sie stieg jedoch bedeutend im September und Oktober (102.429, 102.412) infolge der Hopfenbau- und Rübenbausaisonarbeiten (gegenüber August gab es um 24.562 Stellen mehr) und im Oktober bei den in den verschiedenen Zweigen der Produktion Beschäftigten (um 14.570). Im November sank die Zahl der angemeldeten Stellen auf 82.008 und im Dezember auf 52.322. In diesen Monaten erklärt sich das Sinken durch die Jahreszeit. Die Zahl der besetzten Stellen zeigt daher dieselbe Tendenz wie die der angemeldeten Stellen, sie stieg nämlich im September und Oktober auf 78.681 und 81.590 und sank dann im November und Dezember auf 65.874 und 37.842.

Rückgang der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Nach den Berichten des Landesarbeitsamtes Berlin hat sich in der jüngsten Zeit die Lage des Arbeitsmarktes in Berlin und Brandenburg bedeutend gebessert. Seit Anfang des Jahres ist die Arbeitslosigkeit um rund sechzig Prozent zurückgegangen.

Ein neuer Lohnkampf im englischen Schiffbau. Die Mitglieder des Verbandes der Maschinenbauer auf den Werften in Belfast beschlossen, in einer Woche in den Streik zu treten, falls ihnen nicht zehn Schilling Lebensmittelzulage und zehn Schilling Lohnerhöhung bewilligt werden.

Die Kosten der Lebenshaltung. Die vom Internationalen Arbeitsamt veröffentlichten Zahlen über die Kosten der Lebenshaltung in verschiedenen Ländern zeigen, daß in den letzten Monaten des Jahres 1923 ein Ansteigen verzeichnet wurde in Belgien, Frankreich, Indien, Luxemburg, Norwegen, Oesterreich, Polen, Rußland, der Schweiz, der Tschechoslowakei und Ungarn. In Großbritannien, Schweden, den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und Südafrika waren die Kosten der Lebenshaltung fast unverändert geblieben, wogegen sie in Finnland und Italien sanken. In Deutschland war die Preisgestaltung seit der Mitte Dezember etwas mehr normal als vordem, es ist dort eine Stabilisierung eingetreten und die Kleinhandelspreise folgen in ihrer Bewegung wieder den Großhandelspreisen.

Fortdauer des Buchdruckerstreiks in München. Der Münchner Buchdruckerstreik dauert noch an. Die Streikenden haben beschlossen, die sozialistische „Münchner Post" erscheinen zu lassen, um die Oeffentlichkeit über die Motive des Streikes aufzuklären. Außer der „Münchner Post" erscheint nur noch der „Völkische Kurier", der aber in der Nähe von München gedruckt wird. Man nimmt an, daß der Streik im Laufe des morgigen Tages durch Entgegenkommen der Verleger beendet wird, die sich das Ostergeschäft nicht entgehen lassen wollen. Verhandlungen finden weiter statt.

Ende des polnischen Bergarbeiterstreiks. Montag wurde im Dombrower Kohlenrevier die Arbeit auf allen Gruben wieder aufgenommen. Die Verhandlungen über den neuen Lohnvertrag werden fortgeführt.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch**, Prag,
Graben 25, Kl. Bazar.
1332

Kaffee Julius Meinl
2096

Wovon man spricht ! ! ! Wer spricht heute noch von Adam und Eva, oder von Julius Cäsar, oder von der Entdeckung Amerikas? Man spricht wohl noch hie und da vom Weltkrieg, man flüstert über verschiedene pikante Begebenheiten, aber man spricht immer und überall laut und vernehmlich vom „Lord". Sollten Sie unbegreiflicherweise noch nicht wissen, wer oder was „Lord" ist, so verfolgen Sie gefl. den Inseratenteil der Zeitungen, und Sie werden finden, daß „Lord" die populärste Bekleidung bezeichnet, welche jemals angeboten und getragen wurde. Unter dieser gesetzlich geschützten Bezeichnung brachte die alte, bewährte Firma Sigmund Stránský, Prag, Hybernská, hochmoderne, erstklassige Herren- und Knaben-Anzüge, Raglans, Gummimäntel, Waterproofs und Lederröcke zum Verkaufe, welche wegen ihrer unerreichten Paßform, Qualität und Ausstattung und nicht zuletzt wegen der, trotz aller Vorzüge, billigen Preise allgemeine Anerkennung und reißenden Absatz finden. Nun wissen Sie, was „Lord" bedeutet, gehen Sie hin und kaufen Sie sich auch einen oder mehrere. 2690

Kunst und Wissen.

Vortrag Margarethe Tutsch. Der Verband der Bank- und Sparkassenbeamten veranstaltete am 14. d. M. im Mozarteum einen Vortragsabend des Frl. Margarethe Tutsch mit reichem, gutgewähltem Programme. Die Vortragende bringt eine ausdrucksvolle Stimme mit, die zarte Modulationen lyrischer Gedichte wie die machtvolle Sprache der Bibel wiederzugeben imstande ist. Ihr Antlitz ist ein guter Spiegel der Empfindung des durch ihre Worte Leben gewinnenden dichterischen Werkes. Besonderen Erfolg errang die Künstlerin mit dem starken empfindungsreichem Briefe der Rosa Luxemburg und mit Gedichten Kellers und Rietzsches. Man kann nur den Einwand erheben, daß die Vortragende hie und da ihre persönliche Auffassung derartig stark zur Geltung kommen läßt, daß stilistisch so grundverschiedene Werke wie Wedekind und Matthias Claudius, die stofflich ähnlich sind, völlig gleichklingen, wie eine derartige Zusammenstellung im Programme überhaupt Gefahren mit sich bringt. Die Vortragende fand viel und berechtigten Beifall. — Man kann ihr für ihre Zukunft am Vortragstische ein günstiges Prognostikum stellen. Dr. K. E.

Heute Mittwoch Gastspiel Morgan „Die Causa Kaiser" (statt Vorstellung des Verbandes der Bank- und Sparkassenbeamten „Wauwau").

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Mittwoch „Mädi"; morgen Donnerstag und Freitag geschlossen; Samstag neueinstudiert „Fra Diavolo"; Ostersonntag nachmittags Gastspiel Morgan „Die Causa Kaiser", abends Premiere „Der Hampelmann" (Beginn 7 Uhr); Ostermontag, Beginn 6 Uhr, Gastspiel Oestvig—Baumann „Die Meistersinger".

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch Gastspiel Morgan „Die Causa Kaiser"; Donnerstag und Freitag geschlossen; Samstag und Ostersonntag abends Gastspiel Pepi Kramer-Glöckner—Paul Morgan „Lili Grün"; Ostersonntag nachmittags „Der Mustergatte"; Ostermontag nachmittags Gastspiel Morgan „Ein Königreich für einen Schlager", „Selbstmörder", „41½", „Spitzer telephoniert", abends „Das Kamel geht durch das Nadelöhr".

Maifestvorstellung der deutschen proletarischen Organisationen in Groß-Prag. Für den 30. April abends im Neuen Deutschen Theater ist als Maifestvorstellung der deutschen proletarischen Organisationen in Groß-Prag die große Verdi-Oper „Aida" angesetzt. Kartenverkauf täglich bei Optiker Genossen Deutsch, Graben 25, Kleiner Basar.

Aus der Partei.

Kreiskonferenz Trautenau. Mit zwei begeisternden Liedern, welche vom Arbeitergesangverein Trautenau vorgetragen wurden, wird die Tagung eingeleitet, welche von 103 Delegierten und 20 Gästen besucht war. Als Vertreter des Parteivorstandes war Gen. Kremser, Gen. Schäfer als Vertreter des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten anwesend. Den Vorsitz führte Gen. Ceeh. Kreissekretär Gen. Krejči berichtete über die Bewegung der Kreisorganisation, die wohl im Jahre 1923 einen Rückschlag zu verzeichnen hatte. Die Organisationen haben jedoch diese Krise bereits gut überstanden. Nach dem Berichte des Gen. Hawel über die Administration und Redaktion des „Trautenauer Echo", aus dem hervorgeht, daß das Kreisblatt im Berichtsjahre in jeder Beziehung gut abgeschnitten hat, spricht Gen. Sieber für die Kontrolle und beantragt die Entlastung für die Funktionäre. Gen. Kremser hält hierauf ein äußerst gut durchdachtes Referat über den Ausbau unserer Parteipresse, das mit starkem Beifall aufgenommen wurde. Anschließend an dieses Referat wurde nach kurzer Debatte beschlossen: daß die Kreisorganisation Trautenau mit ihrem Organ dem „Trautenauer Echo" mit 1. Mai d. J. der „Vereinigung sozialdemokratische Presse" beitritt. Der Beschluß wurde mit allen gegen vier Stimmen gefaßt. Zum dritten Punkte der Tagesordnung sprach Abg. Gen. Schäfer über: Die politische Lage und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Sein mit großem Beifall aufgenommenes Referat wird ohne Debatte zur Kenntnis genommen. Bei den Neuwahlen wird zum Kreisvertrauensmann Gen. Wilh. Kiesewetter gewählt. Zum Punkte „Maifeier" sprach noch sodann Gen. Krejči. Nachdem einige Anträge, die sich auf Organisationsfragen und auf die Teilnahme an Festen beziehen, erledigt sind, schließt der Vorsitzende mit einem Appell zur unermüdlichen Arbeit für die Partei die so prächtig verlaufene Konferenz.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riesner.
Druck: Deutsche Zeitungs-Aktiengesellschaft, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Herren-Hemden
VIGO
Celetná 2
2701
Ia. weiß gebügelt . . . . . Kč 21.—
Ia. farb. Zefir mit 2 Kragen und Manchetten . . . . . Kč 39.—

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten

Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt
Gärtner & Co., Bodenbach a. E.
G. m. b. H.
Großdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Satz- und Gießmaschinen mit einer Tagesleistung von 200.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 100.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271. Postsparkasse Nr. 127.063
1001

Böhmische Union-Bank.

Die Herren Aktionäre der
Böhmischen Union-Bank
werden hiermit zur
52. ordentl. Generalversammlung,
welche am 5. Mai 1924 um 1/2 12 Uhr vormittags in Prag, im Sitzungssaale der Bank, Graben Nr. 31, im I. Stock stattfinden wird, eingeladen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Verwaltungsrates und Vorlage der Bilanz per 31. Dezember 1923.
2. Bericht des Revisions-Ausschusses und Beschlußfassung hierüber.
3. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
4. Statutenänderungen: §§ 1, 2, 7, 17.
5. Wahl in den Verwaltungsrat.
6. Wahl des Revisions-Ausschusses.

Die stimmberechtigten Herren Aktionäre, welche an dieser General-Versammlung teilnehmen wollen, haben ihre **Aktien mit Kupon Nr. 44** bis längstens 30. April 1924,
bei der Liquidatur der Gesellschaft in Prag oder bei den Filialen der Böhmischen Union-Bank in Asch, Bratislava, Braunau i. B., Brünn, Freiwaldau, Friedek-Mistek in Schl., Gablonz a. N., Graslitz, Hohenelbe, Jägerndorf, Karlsbad, Königinhof a. E., Marienbad, Mähr.-Ostrau, Mähr.-Schönberg, Neutitschein, Olmütz, Prostnitz, Reichenberg, Rumburg, Saaz, Teplitz-Schönau, Troppau, Trautenau und bei unserer Kommandite Rosenfeld & Co. Wien I., Plattaustraße 20
nummerisch geordnet und konsigniert zu hinterlegen und dagegen die Legitimationskarten in Empfang zu nehmen.

Prag, am 15. April 1924.

Der Verwaltungsrat.

(Nachdruck wird nicht honoriert.)
2715